

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 255.

Dresden, Donnerstag den 3. November 1898.

9. Jahrgang.

**Abonnementspreis**  
 der Sonntags-Beilage: 10 Pf.  
 der Zeitung: 10 Pf.  
 des Monats: 30 Pf.  
 des Quartals: 90 Pf.  
 des Halbjahrs: 1 50 Pf.  
 des Jahres: 3 00 Pf.  
 (Postgebühren sind extra zu zahlen.)  
**Redaktion:**  
 Zwingerstraße 22, part.  
 Dresden.  
 Erscheinungstag: 12 bis 1 Uhr.  
 Telefon: Amt 1, Nr. 1769.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Arbeiterzeitung Dresden“.

**Inserate**  
 werden die 6 gelassene Zeile  
 über deren Raum mit 15 Pf. be-  
 rechnet und bei mindestens 5maliger  
 Wiederholung halb Rabatt gewährt.  
 Kleinanzeigen 10 Pf. Inzerate  
 müssen bis spätestens 10 Uhr  
 am Vortage abgeben und  
 sind im Voraus zu bezahlen.  
**Expedition:**  
 Zwingerstraße 22, part.  
 Erscheinungstag: 12 bis 1 Uhr.  
 Telefon: Amt 1, Nr. 1769.  
 Erscheint täglich mit Ausnahme der  
 Sonn- und Festtage.

## Großgrundbesitz und soziale Frage.

Dresden, 2. November.

I.  
 Herr Franz Oppenheimer, der 1896 ein Buch unter dem  
 Titel „Sozialdemokratie“ geschrieben hat, hat jetzt als Fort-  
 setzung desselben einen Band folgen lassen unter dem Titel:  
 „Großgrundbesitz und soziale Frage, Versuch einer neuen  
 Grundlage der Gesellschaftswissenschaften“.

Oppenheimer ist begeisterter Anhänger des Genossenschafts-  
 wesen und glaubt fest und fest, durch Ausdehnung desselben  
 die soziale Frage gelöst werden. Dabei nennt er sich  
 Sozialist, legt aber diesem Worte eine eigentümliche Bedeu-  
 tung bei, indem er behauptet, auch ohne Kommunismus, beim  
 Fortbestehen der Tauschwirtschaft mit Privateigentum könne die  
 Staatseigentum beseitigt, die soziale Gleichheit und Gerechtigkeit  
 hergestellt werden. Ja, er behauptet sogar, die freie Konkurrenz  
 müsse unbedingt zu diesem Zustande führen, wenn jeder ökonomische  
 Prozess beseitigt würde. In diesem Sinne sei, so meint er, Adam  
 Smith Sozialist gewesen und nicht nur der große Schotte, sondern  
 alle Anhänger der Naturlehre, die da hofften, die freie Konkurrenz  
 müsse zur „Harmonie der Interessen“ führen. Diese Lehre sei  
 allerdings richtig, nur hätten Smith und andere übersehen, daß  
 die Folge der freien Konkurrenz unendlich zur Geltung kommen  
 können, so lange im sozialen Leben der Naturvölker ein Stören-  
 frucht bestanden — der Großgrundbesitz.

Als Anhänger Eugen Dührings steht Oppenheimer auf dem  
 Standpunkt der sog. „Gewalthiertheorie“, d. h. der Theorie, welche  
 den Ursprung der sozialen Ungleichheit auf Anwendung der Gewalt,  
 nicht auf das Wirken ökonomischer Kräfte zurückführt. Mit  
 diesem Aufwande von Fleiß und Geduld sucht er durch eifriges  
 Abstreifen aus den Werken der Soziologen und Historiker diese  
 Theorie gegen die Theorie von Marx zu verteidigen, wobei ihm  
 nur das Unglück passiert, Marx und Engels recht gründlich miß-  
 zuverstehen zu haben. Es liegt uns nun durchaus fern, Herrn  
 Oppenheimer an dieser Stelle widerlegen zu wollen, im Gegen-  
 teil, wir möchten hier auf einige zutreffende Gedankenansätze von  
 ihm aufmerksam zu machen, zu denen er trotz seiner unrichtigen  
 Ansicht noch von Grund aus falscher Theorie kommt, Gedanken, die zwar  
 durchaus nicht neu, aber nichtsdestoweniger interessant sind.

Die Vorgänge am Arbeitsmarkt zeigen uns gerade  
 jetzt mit aller klarer Deutlichkeit, daß bei glänzenden Konjunktur-  
 für Handel und Gewerbe die Löhne der Arbeiter entweder  
 gar nicht, oder da, wo die organisierten Arbeiter ihre Macht  
 geltend machen, nur sehr wenig steigen, jedenfalls nicht im ent-  
 sprechenden Schritt halten mit dem Steigen der Unternehmerprofite.  
 Warum ist dies zurückzuführen?

Auf das Vorhandensein einer Reservearmee. Diese Reserve-  
 armee nun, so führt Oppenheimer aus, rekrutiert sich aus den  
 armen Ländern und Provinzen, in denen der Großgrundbesitz  
 herrscht. Er geht soweit zu behaupten, diese Gegenden seien  
 die ursprüngliche Nährquelle der Reservearmee, was falsch  
 und leicht zu widerlegen ist. In Italien überwiegt der Groß-  
 grundbesitz keineswegs und doch ist Italien zweifellos solch eine  
 Nährquelle; nach den Zählungen der Arbeitslosen kann es gar  
 keinem Zweifel unterliegen, daß die bereits in der Industrie be-  
 schäftigten Arbeiter, die seit lange jeden Zusammenhang mit der  
 landwirtschaftlichen Bevölkerung verloren haben, bald zur Arbeit  
 herangezogen bald abgeschoben werden — je nach Bedarf der  
 Industrie, je nach der Konjunktur. Nicht aber ist, daß die  
 Provinzen mit vorherrschendem Großgrundbesitz — in Deutschland  
 der preussische Osten — die Hauptquelle sind, aus der immer  
 neue Proletariatsmassen hervorkommen, die den Lohn der Industrie-  
 arbeiter bestreiten.

Diese Provinzen überfüllt zu nennen, wäre absurd, sie  
 sind im Gegenteil die am wenigsten bevölkerten. Trotzdem fließen  
 sie beständig gewaltige Menschenmassen ab. Die überseitsige Aus-  
 wanderung aus Preußen betrug:

1845—54	1867—71	1881—85	1885—90
aus den östlichen Provinzen	59 191	102 202	331 540
„ „ „ westlichen „	87 462	35 508	56 202
„ „ „ neuen „	—	109 846	143 903
			64 263

Doch sind diese gewaltigen Menschenmassen hauptsächlich aus  
 den Dörfern rekrutiert, wo der Großgrundbesitz überwiegt,  
 läßt sich ziffermäßig nachweisen.

Von der Welt stellt folgende Tabelle auf:

In dem	Imen 1882 von je 100 Hektar	Im 1 Aus-
Regierungsbezirk	landw. benutzter Fläche auf die	wanderer in der
	Größenklasse der Betriebe	Zeit von 1862
	10—100 Hekt. 100 Hekt. u. m.	bis 1871 auf
Berlin	18,1	76,1
Brandenburg	20,8	57,5
Estland	37,4	50,5
Mecklenburg	40,3	50,3
Pommern	47,1	40,4
Preußen	47,9	43,7
Sachsen	55,6	31,7
Sachsen-Weimar		1575

Es ist also ein direkter Zusammenhang: je stärker der  
 Großgrundbesitz vertreten ist in einem Kreis, desto stärker die  
 überseitsige Auswanderung.

Aber der Osten trägt nicht nur gewaltige Menschenmassen  
 ins Ausland ab, er entkündet noch weit größere Massen nach den  
 westlichen Teilen Deutschlands, nach den Industriezentren.

Die Berechnung dieser Auswanderung ist weit schwieriger

als die Berechnung der Auswanderung. Sering hat in seinem  
 Werke „Die innere Kolonisation“, versucht, das Material zu  
 bearbeiten und kommt zu folgenden Schlüssen: Man kann drei  
 Herde der Auswanderung in Deutschland ermitteln, es sind die  
 landwirtschaftlichen Distrikte des Ostens, der Mitte und des  
 Südens. Sie haben in der kurzen Zeit von 1885—1890 nicht  
 weniger als 873 000 Menschen durch Auswanderung eingebüßt.  
 Die dritte Gruppe, die Menschen aus dem Süden, besteht aus Berlin,  
 den Hansestädten, Sachsen, Rheinprovinz, Westfalen. Hier beträgt  
 der Zuwachs 543 000 Köpfe mehr als er betragen haben würde,  
 wenn die vorhandene Bevölkerung sich nur durch den Ueberschuß  
 der Geburten über die Sterbefälle vermehrt hätte.

Es sind also von den 873 000 Menschen, welche die heimati-  
 sche Scholle in den landwirtschaftlichen Distrikten verlassen  
 machten, 339 000 nach überseeischen Ländern ausgewandert, 542 000  
 sind nach den Industriezentren abgewandert. Nun sind aber  
 diese landwirtschaftlichen Distrikte sehr verschieden an der Ab-  
 wanderung beteiligt: das mittlere Deutschland lieferte 80 000,  
 der Süden 150 000 und der Osten 640 000 Köpfe. Der Osten,  
 der Sitz des Großgrundbesitzes, entkündet also eine riesige  
 Armee nach den Industriezentren, dann kommt der Süden, wo  
 teilweise das Großgrundbesitz beträchtlich ist, dann erst die  
 Mitte, wo es schwach vertreten ist.

Der Zusammenhang ist auch leicht zu verstehen: Die Pro-  
 duktionsverhältnisse der europäischen Landwirtschaft sind infolge  
 verschiedener Umstände (zu teuer bezahlter Boden, erdrückende  
 Schuldenlast, niedrige Preise infolge der überseeischen Konkurrenz)  
 derart geworden, daß von einer Entfaltung der Produktion,  
 von einer Bervollkommenung der Wirtschaft keine Rede sein kann.  
 Der landwirtschaftliche Großbetrieb ist technisch dem Kleinbetriebe  
 gewissermaßen überlegen, aber in Deutschland kann auf den großen  
 Gütern nicht zu intensiverer Kultur geschritten werden, weil es  
 an Kapital fehlt, weil die Besitzer überhandeln sind. Eine intensi-  
 vere Wirtschaft würde zweifellos selbst bei ausgebreitetester An-  
 wendung der Maschine so viel Menschenkraft benötigen, daß die  
 ganze landwirtschaftliche Bevölkerung reichliche Arbeit finden müßte,  
 bei der jetzigen extensiven Wirtschaft aber müssen jene Hundert-  
 tausende abwandern. Undem sie aber abwandern, drücken sie die  
 von dem Junker auf die niedrigste Lebensstufe hernieder-  
 gedrückten Landproletarier auf den Lohn, auf die Lebenshaltung  
 des industriellen Proletariats.

Mit dem Zuglände einer Meeresküste, der sich in Dänen  
 fortwählt über das Land, Fluren und Wälder verstreut, ver-  
 gleicht Oppenheimer treffend diese Proletariatsmassen des Ostens  
 „Zuglände“, weil sie nicht mit dem Boden verwachsen, weil sie  
 von der Lebermacht der Großgrundbesitzer gezwungen werden,  
 sich nach anderen Ländern fortzuziehen. Es gibt in Deutschland  
 15,3 Millionen Lohnarbeiter in Industrie und Handel (die An-  
 gehörigen mitgezählt) und 8,7 Millionen landwirtschaftliche Lohn-  
 arbeiter. Wenn also der weitaus größte Teil dieser letzten unter  
 Bedingungen lebt, welche sie zwingen, mit allen Mitteln darnach  
 zu streben, fortzukommen aus diesen Verhältnissen, wenn ein großer  
 Teil von ihnen den Städten zuflieht, sich auf dem industriellen  
 Arbeitsmarkte anbietet, den Lohn der Industriearbeiter unter-  
 bietend, so kann man sich vorstellen, daß der Druck, den sie aus-  
 üben, gewaltig ist. — Das Bestehen dieses Druckes ist zweifellos  
 eine der Hauptursachen dafür, daß die gewerkschaftliche Organisa-  
 tion der deutschen Arbeiter trotz des Spiesens, trotz der Kleinarbeit,  
 langsam vorwärts schreitet, daß die Forderungen der industriellen  
 Arbeiterklasse, ihre Lage zu heben, so wenig Erfolg hat.

Will man jenen Zuglände zurückdrängen, will man diesen  
 Druck beseitigen, so muß das Großgrundbesitzentum — wohlgemerkt,  
 das Großgrundbesitzentum, nicht der landwirtschaftliche Großbetrieb —  
 verschwinden. Ob dies zu erreichen, wie es zu erreichen, darüber  
 das nächste Mal.

## Deutsches Reich.

Von der Palästinafahrt. Die Einweihung der Erlöserkirche  
 in Jerusalem, die als offizieller Anlaß zu der pomphaften Reise  
 nach Palästina gilt, ist am Montag unter entsprechenden Umständen  
 vor sich gegangen. Natürlich sind viel Reden herüber und  
 hinüber geflogen. Die erste Ansprache an den Kaiser hielt der  
 Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Dr. Barthhausen, der  
 mit dem Kaiser zu diesem Zwecke von Berlin nach Jerusalem ge-  
 reist ist. Zu der Kirche nach dem Festgottesdienste verlas der  
 Kaiser eine Ansprache voller christlicher Frömmigkeit, aus der  
 unter anderem folgender Satz (nach dem offiziellen Telegraph) in-  
 teressant ist:

„Wie vor fast zwei Jahrtausenden, so soll auch heute von hier  
 der Ruf in alle Welt erschallen, der unser Aller schmerzliches Hoffen  
 in sich birgt: Friede auf Erden. Nicht Glanz, nicht Macht,  
 nicht Ruhm, nicht Ehre, nicht irdisches Gut ist es, was wir hier  
 suchen, wir suchen, sehen und ringen allein nach dem Einen, dem höch-  
 sten Gute, dem Heil unserer Seelen. Und wie ich das Gelübde meiner  
 in Gott ruhenden Vorfahren: „Ich und mein Haus, wir wollen dem  
 Herrn dienen,“ an diesem feierlichen Tage hier wiederhole, so fordere  
 ich Sie alle auf zu gleichem Gelübde. Jeder jenseit in seinem Stande  
 und Berufe, das alle, welche den Namen des getragenen Herrn tragen,  
 in dem Zeichen dieses hochgelobten Namens ihren Wandel führen zum  
 Siege über alle aus der Sünde und der Selbstsucht stammenden finsternen  
 Mächte. Gott verleihe, daß von hier aus reiche Segensströme zur-  
 fließen in die gesamte Christenheit, daß auf dem Throne wie in der  
 Hütte, in der Heimat wie in der Fremde Gottesvertrauen, Nächsten-  
 liebe, Geduld im Leiden und tüchtige Arbeit des deutschen Volkes  
 ebeltter Schmutz bleibe, daß der Geist des Friedens die ewig-  
 geliebte Kirche immer mehr und mehr durchdringe und heilige. Er der  
 adameneische Gott, wird unser Flehen erhören, das ist unsere Zuversicht.“

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte gestern schon  
 eine ihr zugegangene Abschrift der Rede, die in Berlin fabriziert  
 worden ist, die jedoch mit dem bisher telegraphisch mitgeteilten  
 Inhalt der Ansprache nicht übereinstimmt.

Mit dem Papste hat der Kaiser, wie auch mit dem Sultan,  
 Beziehungen sehr herzlichen Inhalts gewechselt.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind  
 jetzt so herzlich, daß der Sultan dem Kaiser sogar noch eine An-  
 zahl berühmte deutsche Köpfe vorausgeschickt hat, die ihm in den  
 zu besuchenden Schloßern Feilitzschs und Wittgensteins zu bereiten  
 hatten. Ebenso wird den sonstigen Gästen aus Deutschland ein  
 so herzliches Entgegenkommen bewiesen, daß zum Beispiel dem  
 Korrespondenten der „Berl. N. N.“ von den Zollbeamten nicht  
 nur eine Anzahl Ansichtspostkarten mit türkischen Abbildungen  
 konfiziert, sondern daß ihm aus einem Handtasche auch die Karten  
 von Kleinasiens herausgerissen wurden. — In der That, welche  
 gute Freundschaft!

Die preussischen Landtagswahlen. Die Rechnungen über  
 das Ergebnis der Landtagswahlen sind noch immer ungenügend  
 und je nachdem sie die eine oder die andere Partei vorzuziehen, kommt  
 ein abweichendes Resultat heraus; das liegt zum Teil an der Un-  
 gewissheit über die politische Stellung der Wahlmänner, zum Teil  
 daran, daß die Entscheidung von wenigen Stimmen abhängt, die  
 schließlich durch Fernbleiben einzelner eliminiert werden könne u.

Die Konstantiniden dürften 10 bis 11 Sitze verlieren; die  
 Nationalliberalen verlieren 4 Mandate, die freisinnige Volkspartei  
 gewinnt 11 Mandate, die freisinnige Vereinigung gewinnt 4, wo-  
 von 3 von den Nationalliberalen und 1 von der freisinnigen  
 Volkspartei. Die Gewinne der freisinnigen Volkspartei sind auch  
 zum Teil (6) von den Nationalliberalen. Das Zentrum dürfte  
 einen kleinen Gewinn zu verzeichnen haben. Die Polen verloren  
 4 Mandate an die Konservativen. Neu dürften im Landtag sein  
 ein Demokrat und ein Antisemit, vielleicht auch ein National-  
 sozialist.

Einen Sozialdemokraten wird das preussische Abgeordneten-  
 haus noch nicht zu sehen bekommen. Nur in Breslau, wo drei  
 Abgeordnete in einem Kreise zu wählen sind und unsere Partei-  
 genossen den Ausschlag zu Gunsten der Freisinnigen geben, lag  
 die Möglichkeit vor, die Abtretung eines Mandats zu fordern und  
 diese Möglichkeit ist auch erörtert worden. Die Parteigenossen  
 haben jedoch beifolgend, gleich im ersten Wahlgang einheitlich für  
 die drei freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Der Beschluß wurde  
 am Montag, nachdem die Wahlmänner sich ausdrücklich verpflichtet  
 hatten, den zu fassenden Beschluß wie ein Mann zu befolgen, mit  
 65 gegen 20 Stimmen gefaßt. Das freisinnige Wahlkomitee  
 hatte auf die Forderung des sozialdemokratischen Wahlkomitees,  
 der sozialdemokratischen Partei ein Mandat zu überlassen, erklärt,  
 daß man ein solches Versprechen nicht abgeben könne, denn es  
 würde eine größere Zahl der Wahlmänner, die für die frei-  
 sinnigen Kandidaten stimmen wollten, alsdann ganz bestimmt ab-  
 zwingen. In Erwägung dessen und in weiterer Erwägung, daß  
 die sozialdemokratische Partei in erster Reihe, und zwar im eigen-  
 lichen Interesse, den Sieg reaktionärer und im höchsten Maße volks-  
 feindlicher Vertreter verhindern müsse, faßten die Wahlmänner  
 den Beschluß, einheitlich für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen.

Die Vereinsfrage in Preußen. Die „Frankf. Ztg.“  
 will wissen, daß der Reichsanwalt Hohenlohe für Einlösung seines  
 feierlichen Versprechens, das Verbindungsverbot aufzuheben, sorgen  
 und die Einbringung einer neuen Vorlage an den Landtag ver-  
 anlassen wolle. Sie sagt da:

„Es kann sich nur fragen, ob er dieser Verpflichtung wieder durch  
 einen Gegenentwurf gerecht zu werden glaubt, der wie die letzte Vereins-  
 gesetznovelle Bedingungen enthält, die für die gesamte Einse unannehm-  
 bar waren. Daß dem Hohenlohe zu wählenden Abgeordnetenhaus aber eine  
 Entscheidung und wahrscheinlich ein Kampf um das Vereinsgesetz be-  
 vorsteht, ist sicher. Ueber den Inhalt des notwendigen Gegenentwurfs  
 wird sich das Staatsministerium, wie man annehmen darf, erst schlüssig  
 machen, wenn die Zusammenlegung des neuen Abgeordnetenhauses be-  
 stimmt ist. Von der hängt alles ab, denn selbst wenn die Regierung  
 einen anderen annehmbaren Entwurf einbringen sollte, so würde die  
 Rede diejenen jedenfalls wieder zu einem kleinen Sozialistengesetz zu  
 ammenbringen.“

Wir erwarten von der preussischen Regierung keineswegs  
 die Einbringung einer Vorlage, die die Versprechungen des Reichs-  
 anwalts nett und rund erfüllt; wenn sie die Angelegenheit für  
 sich nicht als erledigt betrachtet durch den Beschluß des alten Ab-  
 geordnetenhauses, so wird sie doch sicher auf ihre „Kompenationen“  
 nicht verzichten.

Beruf eines kapitalistischen Blattes. Die Massenunglücks-  
 fälle, von welchen in der letzten Zeit der deutsche Bergbau be-  
 troffen worden ist, haben allmählich auch weitere Kreise bis hinauf  
 zum Ministerische von der Notwendigkeit einer Reform der Berg-  
 inspektion überzeugt. Die Unternehmer sind natürlich Gegner  
 jeder Reform und wenden sich namentlich gegen die beabsichtigte  
 Anstellung praktischer Bergleute zur Inspizierung der Schächte.  
 In ihren Kampfmitteln gegen die Reformbestrebungen ist die  
 Unternehmervresse gewiß nicht wählertisch gewesen, das Berufsbild  
 aber leistet sich das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“. Es heißt  
 in dem Blatte:

„Eine eigentümliche und zum Nachdenken sehr geeignete  
 Sache ist es auch, daß die beiden schweren, sich ähnelnden  
 Unfälle vor der Reichstagswahl eintraten und von der roten  
 wie schwarzen Internationale so molldig ausgeschachtet  
 wurden; wird man den wirklich wahren Grund jemals er-  
 fahren?“

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, der wir das obige entnehmen, bemerkt hierzu: „Das heißt mit anderen Worten: Es ist zu unterlassen, ob nicht die ultramontane oder sozialistische Partei, resp. ihre Anhänger unter den Bergleuten, die Massenungläubigen von „Karolinenglied“ und „Jollern“ abstrich herbeiführen, um Stoff zur Wahlfälschung zu haben!!! Jene 170 Bergleute, so der „alte Praktiker“, können auch ihren Tod gefunden haben als Opfer der ultramontanen und sozialistischen Parteitalist!!!“

Zur uns erübrigt es sich, dieser bedenklichen Gemeinheit und Rohheit auch nur ein Wort der Kritik hinzuzufügen.

Zu der lippechen Frage erklärt die „Rationalist. Korresp.“: „Auch wir sind nicht in der Lage, die preussische Staatsregierung gegen die starken Zweifel zu verteidigen, ob sie im ganzen Verlauf der lippechen Thronfolgefrage, ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung entsprechend, die im Interesse der Stellung Preussens im Reiche unerlässliche Unbefugnisse der preussischen Krone ausreißend zu wahren gewacht hat.“

Zu der „Möln. Ztg.“ schreibt ein „sehr angesehener Abgeordneter“ des Detmolder Landtages in einem sehr erregten Erguß über das beabsichtigte Gesetz zur Regelung der Erbfolge: „Am gewöhnlichen Leben würde man eine solche Eigentumsentziehung auf dem Wege eines Diebstahls einfach Diebstahl nennen.“

**Deportation abgelehnt.** Wie der „Hamb. Korresp.“ hört, hat die Kolonialverwaltung an die Gouverneure von Togo, Kamerun, Südwestafrika und Ostafrika die Frage gestellt, inwiefern sie es für zulässig, finanziell durchführbar und im Interesse der Kolonien, andererseits aber auch im Interesse der Strahlungen erachten würden, wenn man die Deportation in gewissen Grenzen in das deutsche Strafsystem einführen wollte. Die Antworten der Gouverneure seien sämtlich verneinend ausgefallen.

**Zur Fleischsteuerung.** Wie in der letzten Gleichwärtiger Stadtverordnetenversammlung vom Oberbürgermeister mitgeteilt wurde, ist im Monat August eine Generalpetition von sämtlichen Städten Oberschlesiens an den Regierungspräsidenten sowohl wie an den Oberpräsidenten und den Handelsminister abgegangen, in welcher alles klar auseinandergesetzt ist, was die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zahl der zur Einführung kommenden Schweine bedingt. Eine Antwort sei bis jetzt noch nicht eingegangen.

Die Regierung wird das Resultat ihrer „Erhebungen“ abwarten und vielleicht übers Jahr antworten.

**Der Krebsgang der Sozialreform.** Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung einer Eingabe des Vereins deutscher Kürschner Folge gegeben, indem er genehmigte, daß für die Kürschner an Stelle der bisherigen vier, fortan sechs Sonntage im Jahre für die erweiterte Arbeitszeit freigegeben werden. Die Verordnung soll sofort in Kraft treten.

So wird von dem geringen Schutz der Arbeiter gegen übermäßige Ausnutzung Stück um Stück wieder auf dem Verordnungswege abgerodet.

Wie wäre es, wenn wir die Herren Bundesratsmitglieder auch einige Sonntage an ihren Spazierfahrten und sonstigen Erholungen behinderten und ins Joch der Arbeit spannten? —

**Scharfschießen auf der Straße.** Aus Polen wird gemeldet: Eine Militärpatrouille feuerte bei einem Deserteurtransport auf offener und stark belebter Straße, als der Gefangene stürzte, mehrere scharfe Schüsse ab. Einem dreizehnjährigen Mädchen fiel eine Kugel hart am Kopfe vorbei. Sie wurde infolge des Schreckens ohnmächtig. Eine ältere Frau mit drei Kindern war gleichfalls in Lebensgefahr. Infolge des Vorfalls herrscht hier allgemeine Erbitterung.

Kann man denn nicht wenigstens ein anderes Transportverfahren anwenden, das die Flucht verhindert? Es ist geradezu ein Frevel, daß auf belebter Straße scharf geschossen werden kann.

**Kriegervereine und Sozialdemokratie.** Unter dieser Ueberschrift erlaßt der Vorstand des „Deutschen Kriegerbundes“ in der „Barock“ eine Erklärung über das Verhalten der Kriegervereine zu den politischen Parteien, im besonderen zur Sozialdemokratie. Darin heißt es u. a.:

„Alle, welche auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich, zum nationalen deutschen Staat und zu ihrem engeren Bundesstaat stehen, sind gleichmäßig berechtigt, in unsere Vereine einzutreten. Und deshalb sind die Kriegervereine ein glücklicher Vereinigungspunkt für Männer der verschiedensten politischen Anschauungen, sofern sie nur alle auf dem Boden des Reiches und der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse stehen. Die Kriegervereine werden durch die Pflege treuer Kameradschaft die politischen Gegner einander näher bringen und unter ihren Mitgliedern dahin wirken, daß sie im bürgerlichen Leben, in ihrer Vertretung als Staatsbürger dasjenige in den Vordergrund stellen, was die Parteien eint, monarchische Treue, Vaterlandsliebe, Nationalbewußtsein, und daß sie sich daran gewöhnen, das Parteinteresse möglichst zurückzustellen. Das Kriegervereinswesen kann nur einen Gegner, die Anarchistpartei, alle übrigen Parteien, sowie sie vordringend gekennzeichnet sind, sollen sich in den Kriegervereinen in breiter Front, Schulter an Schulter, gegen diesen gemeinsamen Feind vereinigen. Wenn dem gegenüber an einigen Stellen von Verbänden- und Vereinsvorständen auch Anhänger einzelner auf dem Boden der Treue zu Kaiser und Reich und zu den bestehenden Verhältnissen stehender bürgerlicher Parteien als nicht in die Kriegervereine gehörig bezeichnet sind, so kann diese Meinungsäußerung vom Bundesvorstand nicht gebilligt werden. Die ihr zu Grunde liegende Anschauung widerspricht dem Geiste des Kriegervereinswesens durchaus.“

Danach scheint dem Bundesvorstand der Eifer der kleinen Großen jetzt selbst zu weit zu gehen. Wie wir mehrfach berichtet hatten, hatten diese an mehreren Orten ihre Säuberungsarbeit auch auf die freisinnigen erichtet; es scheint, daß diese in Zukunft wieder liebevolle Aufnahme finden und dort den unentwegt Königstreuen „näher gebracht“ werden sollen. Bei denjenigen, die um einmal dem Umsturz ganz verfallen sind, ist nach der Meinung des Bundesvorstandes die Erzählungsmethode der Kriegervereine doch wirkungslos. — Das dürfte stimmen!

**Im Zeitalter des Verkehrs.** Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erzählt aus bester Quelle, daß der nordamerikanische Generalpostmeister in seinem bevorstehenden Jahresberichte die Einführung eines Pennpostens (= 8 1/2 Pfg.) zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten empfiehlt. Man will denselben Vorschlag Deutschland vorerst nicht machen, da man keine Genehmigung, ihn anzunehmen, für sehr fraglich hält, was sehr bezeichnend für die Meinung ist, die man im Auslande von der Neigung der deutschen Behörden zur Einführung von Verkehrsvereinfachungen hat.

**Eine Konfession des „Wahren Jakob.“** Die „Schwab. Tagblatt“ schreibt: „Die neueste Nummer des „Wahren Jakob“ ist auf Veranlassung des französischen Ministeriums des Innern am Freitag nacht an der Grenze beschlagnahmt worden. Anlaß

dazu hat das Bild auf der letzten Seite gegeben: „Die Republik auf der Jagd nach der Krone.“

In Paris ist man unglücklich nervös geworden. —

**Zur Konfession des „Simplicissimus.“** Gleich der Nr. 31 des „Simplicissimus“ ist wie wir bereits mitteilten, auch die Nr. 32 auf Requisition des Untersuchungsrichters in Leipzig angeklagt wegen Majestätsbeleidigung beschlagnahmt worden. Die Redaktion des „Simplicissimus“ schreibt uns, daß sie in der betreffenden Nummer auch nicht den Schatten einer Majestätsbeleidigung zu entdecken vermöge und seit entschlossen sei, alle gesetzlichen Wege einzuschlagen, sich gegen solche Konfessionen zu wehren. Der „Simplicissimus“ will trotz aller Maßregelungen sich auch in Zukunft das Recht der freien Meinungsäußerung in künstlerischer und witziger Form nicht verlißern lassen, und seine Stimme wird auch ferner so weit gehört werden, wie bisher, und noch weiter.

**W. Aus Oberschlesien, 30. Oktober.** Besonders deutliche Anzeichen für den fortdauernd günstigen Stand der ober-schlesischen Montanindustrie sind die Thatfachen, daß erstens der ober-schlesische Bergwerksverband, der im letzten Halbjahr bereits zweimal seine Preise erhöht hat, für Neujahr schon wieder eine Erhöhung angekündigt hat, und daß die Vereinigte Königs- und Laurahütte für 1897/98 13 1/2 Proz. Dividende (im Vorjahr 12) verteilt. Die Bismarckhütte verteilt sogar 15 Proz.

**W. Aus Oberschlesien, 1. November.** Herr von Fiele-Windler, Major- und Industrieminister ex tunc Königs, Regalherr im Revier Ratowitz-Nykolowitz, hat in einem mit der preussischen Regierung abgeschlossenen Vertrage auf das Recht zur Verwaltung der Bergpolizei in „seinem“ Revier, selbstverständlich „unter Vorbehalt der ihm sonst aus dem Bergregal zuzehörenden Rechte“ verzichtet; die Bergpolizei geht also an den Staat über. Leider ist damit in der Bergpolizeiverwaltung Oberschlesiens nicht das geringste gebessert, im Gegenteil, der iche Zustand ist verschlechtert worden. Denn zur Aufsicht im Reviere Ratowitz-Nykolowitz wird kein neuer Beamter ernannt, wie es doch eigentlich selbstverständlich wäre, und so wird die bisherige mangelhafte Beaufsichtigung der Gruben noch mangelhafter werden. Vom 1. November nämlich übernimmt der bisherige Revierbeamte des Reviers Jabrze das Revier Ratowitz-Nykolowitz; das dadurch verwaiste Revier Jabrze wird vom Revierbeamten des Reviers Eß-Buchten mitverwaltet. In dieser Weise „verbessert“ die preussische Regierung die Grubenaufsicht!

**Frankreich.** Die von dem Kassationshof angeordnete ergänzende Untersuchung dürfte zwei Monate beanspruchen. Das Jugendverhör wird vor den verurteilten 14 Mitgliedern des Kassationshofes stattfinden. Der Kassationshof hat beschlossen, daß den Vätern über die jeweiligen Ergebnisse der Enquete in der Dreyfus-Angelegenheit keine Mitteilungen gemacht werden sollen.

**Italien.** Die letzte Hoffnung der italienischen Emigranten, die von den Kriegsgerichten gegen sie in contumaciam gefällten Urteile durch Verhörungen an die ordentlichen Gerichte höherer Instanz wieder aufgehoben zu sehen, ist diesen nun auch gekommen. Der Appellationshof, der sich dieser Tage mit dem ersten dieser Fälle zu befassen hatte, erklärte sich für unzuständig, die Urteile der Kriegsgerichte in zweiter Instanz nachzuprüfen. Die besonderen politischen Zustände hätten besonderer Maßnahmen bedürft, und die Entscheidungen seien endgültig.

**England.** Die Fiskalfrage wird noch fortwährend durch allerlei Mitteilungen über angebliche Kriegsvorbereitungen Englands auf der Tagesordnung erhalten. Wie gestern das Reutersche Bureau von großer Mithrilität in den Häfen Devonport-Plymouth und Portsmouth berichtete, so wird heute aus London gemeldet, daß sechs Torpedobootzerstörer, welche eine Geschwindigkeit von 30 Knoten in der Stunde haben und am Montag in Dienst gestellt sind, Befehl erhalten haben, sich dem Kanal-Geschwader anzuschließen.

Der „Daily Mail“ wird ferner aus Kairo vom Montag telegraphiert: Ein egyptisches Bataillon ist nach Jakhoda gefandt worden. Der Khebeve ist am Montag in Kairo eingetroffen.

London, 1. November. Das Reutersche Bureau“ erklärt sich für ermächtigt, die in auswärtigen Blättern verbreiteten Meldungen von Schritten Rußlands in der egyptischen Frage als unbegründet zu bezeichnen.

**Anglo-italienische Vödspiserei.** Angesichts der Wachstumschancen italienischer Vödspiserei in der Schweiz, und in Ägypten, wo ja auch der berüchtigte englische Inspektor Welby seine Hand im Spiele zu haben scheint, verdient eine Gerichtsverhandlung besonders Interesse, die sich am 28. Oktober in der englischen Stadt Hastings vor der Vierteljahrsversammlung des Geldwornenengerichts abspielt. Eine englische Zeitung bringt darüber wörtlich folgenden Bericht: „Angelagter war Giuseppe Labella, ein junger italienischer Kellner, wegen Einbruchs in das Haus des Herrn Edwin Ventwood in St. Leonard's (ein Badeort bei Hastings) am 16. September. Der Gefangene war in dem Hause durch einen Detektiv und einen Polizeibeamten abgefaßt worden, die dort in Erwartung seines Eintritts gewartet hatten. Es wurde zugegeben, daß ein anderer Italiener, den der Verteidiger einen „Polizeispion“ nannte, beauftragt worden war, den Angelagten in London auszuforschen. Dieser Mann hatte den Labella mit Reisegeld nach Hastings und mit Zehrgeld versehen und hatte ihm gesagt, er möge in das fragliche Haus gehen, um dort einen Brief, der ihm zur Empfehlung bei der Stellenbewerbung dienen sollte, in Empfang zu nehmen.“ Dort wurde er wegen „Einbruchs“ von den versteckten Polizisten abgefaßt. Der Verteidiger brandmarkte dieses ungeheuerliche Stück von Vödspiserei in kräftigen Worten und Labella wurde von der Jury ohne weiteres freigesprochen. Die Geschichte verdient aber recht weit bekannt und auch der Antianarchisten-Konferenz in Rom unterbreitet zu werden, denn sie zeigt in klassischer Reinheit, wie die internationale Vödspiserei arbeitet, um Verbrechern zu fabrizieren. Denn, wie die Erfahrung lehrt, tragen politische „Verbrechen“ häufig die nämliche Fabrikmarke der internationalen Vödspiserei.

**Serbien.** Die serbische Regierung will die Großmächte anrufen. Belgrad, 1. Nov. In der durch den Gesandten Romanowskiß der Florie überreichten Note erklärt, nach einer telegraphischen Meldung, die serbische Regierung, falls ihrem Verlangen auf Einziehung eines serbischen Delegierten in der Untersuchung der im Vilajet Kossowo verübten Gewaltthaten nicht stattgegeben werde, so müßte die Regierung sich mit einem Memorandum an die Großmächte wenden, um die Sachfrage betr. die Arnautengruel klar zu legen

**Türkei.** Ueber Akreta können die „Mächte“ mit der Pforte noch immer nicht einig werden. Eine Note“ folgt der anderen. Eine überreichte Note der Pforte, in welcher zur Wahrung der Souveränität auf Akreta Jagdgebäude, betreffend Flage und Garuhon, ferner Ernennung des Gouverneurs im Einklang mit der Pforte, Zahlung eines Tributs, Urteilsprechung namens der Ueberweisung der Verurlungen gegen richterliche Erkenntnisse nach Konstantinopel verlangt werden, wurde von den Vödspisern rundweg abgewiesen.

**Amerika.** Zur Philippinenfrage meldet Wolffs Bureau aus Washington, daß seit der Abreise der Mitglieder der Friedenskommission nach Paris Präsident Mac Kinley zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß eine große Volksströmung im Lande für die Annexion der gesamten Philippinengruppe vorhanden ist. Er ist deshalb geneigt, dieser Strömung zu willfahren. Es heißt, daß eine darauf bezügliche Andeutung den Kommissaren vor einigen Tagen zugegangen ist.

Das hat sich durch frühere Mitteilungen über die Fortschritte der amerikanischen Delegierten in Paris schon bestätigt.

Ueber die allgemeinen Pläne Amerikas gegenüber Spaniens wird ferner folgende Neuermeldung aus Washington verbreitet: Halbsamtlich wird versichert, Amerika habe beschlossen, daß jeder Dollar wieder eingebracht werden soll, der für den Krieg einschließlich der gegenwärtigen und zukünftigen Positionen, aus gegeben worden ist. Nach eingehender Bilanzierung der Ausgaben und des Wertes der erworbenen Besitzungen glaube man, dürfe die von Spanien noch zu zahlende Entschädigung die Summe von 25 bis 30 Millionen Dollars nicht übersteigen.

Der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werde hier mit Gleichmut entgegengekehrt, da man glaubt, daß Spanien anker Stande sei, irgend welchen Schaden zuzufügen.

### Parteiangelegenheiten.

**Taktisches vom bairischen Parteitag.** Die Genossen Vollmar und Ehrhart haben in Würzburg über die Thätigkeit unserer Genossen im bairischen Landtag berichtet. Daß diese Thätigkeit immer die Billigung eines großen — man kann getrost sagen des größten — Teils der deutschen Parteigenossen gefunden, ist über das allgemeine bekannt. Und auch diesmal hat besonders Vollmar Grundsätze für die Thätigkeit der Fraktion aufgestellt, die ein bedeutliches Aufschwüngen hervorgerufen hätten, wenn man nicht gewöhnt wäre, solche Gedanken vom Genossen Vollmar zu hören.

Auffallend erscheint uns nur, daß Genosse Vollmar für Ansichten nach dem uns vorliegenden Bericht entwickeln konnte, ohne auf irgend welchen Widerspruch zu stoßen. Da sagte Genosse Ehrhart: „Unsere Thätigkeit war überall darauf gerichtet, möglichst viel für den Bauernstand herauszuföhren.“ Und Genosse Vollmar schränkt das nur insofern ein, daß er von Kleinbauern spricht, die nichts anderes als Arbeiter seien, die sich nur im Besitze der Arbeitsmittel befinden. Diese Arbeit für die Bauern ist ausgedehnt worden, soweit es unsere Gewandtheit irgendwie zuließe“, erklärt Vollmar. Bei der großen Thätigkeit der Vollmarischen Grundsätze in der Agrarfrage darf man sehr neugierig sein auf den später erscheinenden detaillierten Bericht über die Thätigkeit der Fraktion. Es genügen indes schon die Ausführungen, um die vielfachen Warnungen vor der Vollmarischen Agrarpolitik zu rechtfertigen.

Unverständlich ist uns, wie Genosse Vollmar gerade auf der Stuttgarter Parteitag, der sich doch mit der wünschenswerthen Offenheit gegen alle opportunistischen Vödspisere erklärten — wie er sich gerade auf diesen Parteitag für seine Ansichten beziehen konnte. Die Abweisung des Bundes noch einem agrarischen Aktionsprogramm deuten wir gerade im entgegengesetzten Sinne.

Auf erheblichen Widerspruch stößt sicher auch Vollmars Neigung, die Macht der Einzelstaaten zu stärken gegenüber den Reich. Genossenschaft Genosse Vollmar recht, daß die preussische Fideletheude das übrige Deutschland gern unter sich vereinigen möchte, aber dem kann und muß entgegen gearbeitet werden, ohne die Machtbefugnisse der Einzelstaaten zu erhöhen. Der Reaktion, die heute schon eine Menge Gesetzgebungsmaterien aus dem Reichstag in die Einzellandtage verlegen möchte, wäre eine solche Taktik gerade recht.

Wir werden uns bei anderer Gelegenheit vielleicht noch eingehender mit den berührten Ansichten des Genossen Vollmar zu befassen haben und so wollen wir auch heute seine, wohl zur in Reper über die Stuttgarter Erinnerungen gesammelten Bemerkungen über die taktischen Auseinandersetzungen nicht weiter berichten.

**Die Bewertung des Landtagswählerfolges in Preußen.** Eine Versammlung der sozialdemokratischen Wahlmänner hat mit 65 gegen 20 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß bei der notorischen politischen Unverlässigkeit einer größeren Anzahl liberaler Wahlmänner die Forderung, einen sozialdemokratischen neben zwei liberalen Abgeordneten zu wählen, tatsächlich ausfallslos sein und nur zum sofortigen Siege der drei reaktionären Kandidaten führen würde, in weiterer Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei in erster Reihe und zwar im eigenen Interesse den Sieg reaktionärer und im höchsten Maße volksfeindlicher Vertreter verhindern muß,

erklärt die Wahlmänner-Versammlung, daß sie entschlossen ist, bei der am 3. November stattfindenden Wahl der Preussischen Abgeordneten zum preussischen Landtage einhellig für die Kandidaten der vereinigten freisinnigen Parteien zu stimmen.“

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Bei der Firma Ernst Günther in Vera sind Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, sowie Beschaffung der Teierlange. Be-teiligt sind 6 Streikbruder und 1 Schleifer.

Zu der Ranzlerischen Weberei in Hof ist ein Streik ausgebrochen. Der Arbeiterentschluß wurde bezüglich eines Anliegens bei der Fabrikleitung vorfellig, worauf er sofort entlassen wurde. Daraufhin legten 28 Mann die Arbeit nieder. Zuzug ist fern-zuhalten.

**Schuk den Arbeitswilligen.** Weil er einen Arbeitswilligen „Streikbrecher“ genannt, wurde ein Bauarbeiter im Lückel 8 Tagen, wegen desselben Vergehens ein Arbeiter aus Zandens zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Und das alles ohne Justizhausvorlage!

Die Mannheimer Schuhmacher hatten ihren Meistern bei einiger Zeit einen neuen Tarif unterbreitet. Die Vereinigung der

Schuhmachern besaß keine Tarifpositionen, die geringe der Einigung

Die Me... 2. jährlic... wolle Weise... werden. Sei... überlassen hat... er seine Chr... die jenen un... eine Körper... präsidenten... in London... und rigorose... werden. Und... nicht auch d... wenn der h... hat er geligt... von den Erbu... esse mit Ho... was sich plö... das Organ le... Das Blatt hat... hauptstück... ein... weise von No... gerädegeränt... wovon scholl... mit seiner All... Nationalität... Tätigkeit un... zu streichen... Alles kann m... seinen Angriff... ein geistliches... über Stimm... eine Freude... hat auch die... beheimatet sol... jemand durche... nicht erst jet... von der Gef... Biederwohl a... vertritt vor 6... man Herrn G... seinen Meinu... überwiegt, se... rühren, die ih... nicht zu verge... eine aussepro... lung zweifels... lungen, die er... das auch der... lage wie mög... in Vesteres u... Betreiben nicht... war, die Tauf... ungen seiner u... der Stadt Dre... der ihm pol... fe ihm auch p... eines partei... lischen Intere... n leibt diejeu... Bedeutung von... wünschlichen K... So die... alle für den... ernungssphäre... sozialdemokrati... Seite“ angegr... den Tag abge... Wir aber... daß wir uns b... Argumente bed... unter keinem G... die Sozialdemo... plien das in... denstaten ent... heilige Verhält... haben Verstoß... Schuld der An... Werten gewalt... Sorge für... werden auch f... das erkennen w... wollen: der ei... in der Fabrik... grüßte. Gegen d... nationalliberale... Die off... fchers der St... Herrn Geheim... einigen der w... sollten zu ein... daß demselben... werden geford... beschimmt Tr... ren seinen An... diesen Sache, d... Verlan lehrt, i... erungen ein v... allein die kon... 2. 3. vernünft... elung des seit... nationaler Aler... Wächter über da... das Ende so, u... rung im Land... wollen: vollends... letzten Jahre f... Ende und der... Eine Wie... über auch die 2... Monate wird... räumt. Der V... leudung des

Schachmachers hat jetzt geantwortet, daß sie eine Kommission beauftragt habe, mit den Gesellen behufs Beratung der einzelnen Tarifpropositionen in Unterhandlung zu treten. Der Tarif stellt nur geringe Forderungen auf und läßt sich mithin hoffen, daß eine Einigung zu Stande kommt.

### Dresden und Sach'en.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Der Präsident der 2. sächsischen Kammer, Herr Adernann, ist auf höchst unheimliche Weise zum Gegenstand der öffentlichen Verächtung geworden. Sein Sohn, der ihm die Bezahlung seiner Schulden überlassen hat, scheint nun auch noch die Ursache zu werden, daß er keine Ehrenämter verliert. Schon lange hat sich allen Leuten, die leben wollen, gezeigt, daß der alte Mann unfähig ist, irgend eine Verwaltung zu leiten; aber er wurde sowohl zum Landtagspräsidenten, wie zum Stadtverordnetenvorsitzer wiedergewählt. Im Landtage ludte er seine Mängel durch möglichst parteiische und vorgezogene Stellungnahme gegen die Sozialdemokraten zu verdecken. Und um dieser parteiischen Führung der Geschäfte willen wählte auch die Kammer das jämmerliche Schauspiel ruhig hin, wenn der hilflose alte Mann sich mit der bekannten Frage: „Was hat er gesagt“ zur Seite wandte und auf die erhaltene Auskunft bei dem Schwärzen des Gesichts zu verfallen. Adernann mit seiner Altiage behauptete sich jedoch und bei seinem kürzlichen Jubiläum wußte das „gesinnungstüchtige“ Blatt nicht genug die Leichtgläubigkeit und Unmündigkeit des doppelten Präsidenten heraus zu streichen. Da kommt der Schlag mit seinem leichtsinnigen Sohn, welches kann man in den Kreisen der Adernanns verzeihen, nur seinen Angriff auf das geheiligte Eigentum, wenn er sich nicht in ein geheimes Mäntelchen hüllen kann. Von allen Seiten wurden daher Stimmen laut, daß Adernann jetzt nicht mehr würdig sei, jene Freunde und Parteigenossen zu repräsentieren. Und sofort ist auch die „Dresdner Nachrichten“ wieder da, die dem Herrn Geheimrat folgenden sehr deutlichen Wind geben: Es wird kaum jemand darüber im Zweifel sein, daß Herr Geheimrat Adernann nicht erst jetzt, sondern schon vor Jahren in seinem Interesse und von der Geschäftsleitung des Stadtverordnetenkollegiums die Wiederwahl als Vorsitzender abgelehnt hätte. Es ist dies bereits vor 6 Jahren an dieser Stelle ausgesprochen worden und sein Herr Geheimrat Adernann die Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung über die Notwendigkeit seines Rücktritts heute übersehen zu müssen, ist seine Verwirrung gegen die Parteien, die ihn bei der Beurteilung seiner selbst irreführt haben. Nicht zu vergessen ist, daß Herr Geheimrat Adernann lange Jahre eine ausgesprochene parteipolitische Persönlichkeit war. Hierin liegt zweifellos der wesentliche Anlaß zu den zahlreichen Anfeindungen, die er von verschiedenen Seiten erfahren hat, aber es ist dies auch der Grund, weshalb er von seinen Parteifreunden so lange wie möglich in allen Ehrenstellen zu halten gesucht worden ist. Letzteres würde freilich nicht möglich gewesen sein, wenn dieses Schreiben nicht von der dankbaren Gesinnung unterstützt worden wäre, die Tausende seiner Mitbürger Herrn Geheimrat Adernann wegen seiner unbestrittenen hohen Verdienste um das Gemeinwesen der Stadt Dresden bis zum heutigen Tage bewahrt haben. So ist ihm politische Begierde bitteres Unrecht thun würden, wenn sie ihn auch heute noch wie vor 15 bis 20 Jahren als Träger eines parteipolitischen Programms oder Repräsentanten einer politischen Interessengruppe betätigen und verfolgen, so wenig darf er selbst diejenigen für Unanbittbare halten, die bei der größten Beachtung vor seinem Wirken an die Vergänglichkeit auch seiner menschlichen Kraft erinnern.

So die „Nachrichten“: es gelingt nur schwer, die bittere Bitter für den alten Parteigenossen hinter einigen süßlichen Annehmlichkeiten zu verdecken. Und auch die Anwesenheit der sozialdemokratischen Zeite, die „den alten Herrn in widerlicher Weise“ angegriffen und dabei eine „verwahrloste Gesinnung“ an den Tag gelockt habe, ändert daran nichts. Wir aber wollen die „Nachrichten“ nur daran erinnern, daß wir uns bei Beurteilung des Adernann-Standals einmal der Argumente bedienen haben, die der alte Adernann selbst und die unter seinem Präsidium seine Parteifreunde unzählige Male gegen die Sozialdemokraten geschleudert haben. Hat man schon vergessen das im Landtage mit so großem Pathos den Sozialdemokraten entgegengeschleuderte Wort: „Jeder Vater hat die heilige Verpflichtung, für seine Kinder zu sorgen!“ Und wie oft haben Vorfahren vom Schloß der „Nachrichten“-Leute die Schuld der Kinder, die mit den Gerichten kollidierten, auf die Eltern gewälzt?

Sorge für die Kinder — und nicht nur für das leibliche, sondern auch für das geistige Wohl — ist die Pflicht aller Väter, dies erkennen wir gern an, freilich läßt sie sich nicht leicht erfüllen; den einen hindert daran der elend bezahlte Proudent in der Fabrik, den andern seine Ehrenämter und die Wechselgeschäfte.

Gegen Adernann zieht in der „Dresdner Jg.“ auch ein nationalliberaler Stadtverordneter zu Felde. Die öffentlichen Erörterungen über den Rücktritt des Vorsitzenden der Stadtverordneten und Präsidenten der zweiten Kammer Herrn Geheimrat Dr. Adernann wachen sich zum Mißvergnügen der wohlmeinenden Herren beider beteiligter Körperschaften zu einem regelrechten Standal aus. Es ist hohe Zeit, daß demselben durch die allseitig — nicht nur erwartete — sondern geforderte Erklärung ein Ende gemacht wird. Herr Geheimrat Dr. Adernann werde sich mit Schluss des Jahres von seinen Ämtern zurückziehen. Was der Landtag thut, ist dessen Sache, die Stadtverordneten von Dresden warten, wie der Verlauf lehrt, nicht mehr und machen den verfluchten Auseinandersetzungen ein rasches Ende. Die Verantwortung hierfür trifft allein die konservative Partei und ihre Leiter. Als im Januar d. J. vernünftige Leute nahelegten, doch von der Wiederwahlung des so oft Achtzigjährigen Abstand zu nehmen, stellte man die persönliche Rücksicht über das Interesse der Stadt und deren Geschäfte. Nun kommt das Ende so, wie es voraussehen war. Daß die Geschäftsführung im Landtage nicht mehr genügt, weiß leider das ganze Land; vollends die Vorgänge im Stadtverordnetenhaus im letzten halben Jahre sind so, daß eine weitere Tuldung im Interesse der Stadt und der Würde der Körperschaft unmöglich ist.

Eine Wiederwahl, darüber sind alle einig, ist ausgeschlossen. Aber auch die Tuldung des gegenwärtigen Zustandes für die zwei Monate wird kaum stattfinden, wenn nicht bald die Erklärung kommt. Der Brief an die „Dresdner Nachrichten“ ist eine Herausforderung des Stadtverordneten-Kollegiums, auf welche dem Ver-

nehmen nach die Antwort in Gestalt einer Deputation oder in öffentlicher Sitzung erfolgen dürfte.

Es ist wirklich traurig, daß es erst eines solchen Standals bedurfte, um die konservative Altiage zum Zurückweichen zu ver-

### Stadt-Chronik.

Dresden, 2. November.

Folgende „Erklärung“ geht uns zu: Mit dem heutigen Tage lege ich die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ nieder. Die Gründe, die mich dazu bewegen haben, sehe ich mich gezwungen nicht in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, sondern in einem anderen Parteiblatt darzulegen, und zwar werde ich es in der „Leipziger Volkszeitung“ thun. Aloja Luxemburg.

Vorträge über Elektrizität. Gestern abend begannen die vom Gewerkschaftsrat veranstalteten Vorträge des Privat-gelehrten Wempe aus Eidenburg. Der erste derselben behandelte die elektrischen Wellen und Strahlen, optische Analogien, elektrische Strahlen und Telegraphie ohne Draht. Die Elektrizität ist ein äußerst interessantes Gebiet, doch ist die Darstellung durch einen Vortrag keineswegs einfach und werden oft große Anforderungen an den Zuhörer gestellt. Dieser Umstand mochte wohl viele abgehalten haben, den gestrigen Vortrag zu besuchen; man befürchtete offenbar, einen schwer verständlichen, gelehrten Vortrag anhören zu müssen, dem man gar nicht folgen könne. Darum ist wohl der geringe Besuch des gestrigen Vortrages zurückzuführen. Die Zuhörer waren aber angenehm enttäuscht, denn der Vortragende verstand es, durch eine außerordentlich populäre Darstellung und vielfache Experimente jedem der Anwesenden in vollem Umfang Aufklärung über die schwierige Materie zu geben. Jeder wird mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen sein, einen genuss- und lehrreichen Abend verbracht zu haben. Die Vorträge, die heute abend fortgesetzt werden, sind jedem angelegentlich zu empfehlen.

Des Käufers Lösung. Schon ist wohl so viel Ansturm in wenigen Stunden geredet worden, wie bei der Beratung der Umgehungsverordnung im Stadtverordnetenkollegium. Leider fehlt uns der Platz, sonst würden wir einige Geistesblitze einzelner Stadtboten unsern Lesern zum Abdruck bringen. Alles Mögliche mußte als Argument für die Steuer dienen. Einen eleganten Reinschliff leistete sich dabei der Stadtverordnete Hofmeister Emmrich. Er behauptete, daß das große Warenhaus von Berlin in Berlin 11 Briefmarken für 1 Mark verkaufe und wollte damit beweisen, zu welchem Unwesen im Handel die großen Bazar führen. Der erwähnte Herr — ein heller Sachse — ist leider auf einen Berliner Weg hereingefallen. Denn Herr Emmrich über die Bemerkung: „Berlin verkauft jetzt 10 Briefmarken für eine Mark“, sich in Berlin Aufklärung holen wollte, so würde ihm jeder Zuhörer sagen: „Ja, man bekommt eben 9 Zehnpennig- und 2 Fünf-pennig-Marken.“ So hereinzufallen, ist böse.

Einem harten Sonntagverkehr hat das schöne Wetter am Sonntag und dem Reformationsfest hervorgerufen. Aus dem hiesigen Hauptbahnhof kamen an den beiden Tagen 65 Sonderzüge zur Abfassung, von denen 31 nach und von Freiberg—Chemnitz—Reichenbach l. B., 23 nach und von Pirna—Schandau, 4 nach und von Riesa—Leipzig, 3 nach und von Riesa—Dobeln—Leipzig und einer von Görlitz-Bautzen her verkehrten. Außerdem fertigte der hiesige Leipziger Bahnhof noch 12 Sonderzüge nach und von Leipzig über Töbelen beziehungsweise Riesa für den Fernverkehr und noch 16 Sonderzüge für den Nahverkehr nach und von Coswig—Riesa ab. Auch auf dem hiesigen Schleifhaken Bahnhöfen wurden noch 15 Sonderzüge nach und von Malsbe—Bautzen—Görlitz beziehungsweise Jitau zur Abfertigung gebracht.

Ein rechtlicher Sternschnuppenfall wird in der Nacht vom 13. zum 14. November unter sonst günstigen Verhältnissen zu sehen sein. Da der Sternschnuppensturm, der sich regelmäßig vom 12.—14. November einstellt, aus dem Sternbilde des Löwen zu kommen scheint, so werden diese Meteore die Leoniden genannt. Ein überaus großartiges Schauspiel bieten sie gewöhnlich nach Verlauf von 33 Jahren, so wurden die prächtigsten Erscheinungen zuerst 1799 wahrgenommen, dann 1832 und 1863, zuletzt 1896, als hunderttausende der feurigen Kugeln, und zwar immer 10—20 in einem Augenblicke, über den Himmel hinwegzogen. Man erwartet jedoch ein ähnliches Auftreten im nächsten Jahre und nimmt an, daß wieder in den erwähnten Tagen der Hauptsturm der Erde nahe kommt und unzählige Meteore in unserer Atmosphäre zum Glühen gebracht werden, um darauf schnell zu zerfallen. Wie man meint, wird jedoch ein Vorsturz der Hauptsturm dies Jahr schon, indem er dem 13. zum 14. November die Erde nahe treuz, eine sehr beachtenswerte Erscheinung bieten. Uebrigens wird dann noch einmal zwischen dem 27. und 29. Nov. ein Auftreten von Sternschnuppen (das der Andromeden) vorkommen.

Der unhöfliche Wirt, von dem im Gewerbegerichtsbericht in Nr. 251 unseres Blattes die Rede war, ist nicht Herr Helbig, der Wirt der „Deutschen Eiche“ in Striesan. Dies teilen wir auf besonderen Wunsch des Genannten mit.

Ein internationaler Verband der Stallschweizer ist in Dresden begründet worden. Dieser setzt sich zum Zweck, durch eigene Stellenvermittlung das Stellenvermittlungswesen zu bekämpfen, welches bekanntlich auch in diesem Beruf zu argen Mißbräuchen führt.

Die Rangordnung der zwölf größten Städte des Königreichs Sachsen unter den Wohnplätzen des germanischen Reiches in Bezug auf ihre Einwohnerzahl hat sich seit 1871 wesentlich verändert. Die folgenden Ziffern zeigen, an wievieler Stelle diese Städte in den beiden Jahren 1871 und 1895 standen.

	1871	1895		1871	1895
Dresden	4	6	Freiberg	73	107
Leipzig	8	4	Meerane	90	144
Chemnitz	23	11	Jitau	103	113
Widau	54	57	Grimmsteden	131	142
Glauchau	66	72	Bautzen	150	140
	70	128	Reichenbach	163	134

Ueberfahren wurde am Montag vormittag gegen 8 Uhr auf der Moritz-Allee ein junger Mann von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn. Außer erheblichen Verletzungen am Kopf scheint er noch innerlich Schaden genommen zu haben; er wurde mittels Krankenwagens nach dem Stadtkrankenhaus überführt. Den Führer des Straßenbahnwagens trifft keine Schuld.

Versammlungen u. Vergnügungen am Donnerstag. Verein Zentralkommission aller Branchen von Dresden u. Umgebend. Abends punkt 9 Uhr Vortragabend des Privatgelehrten Herrn Wempe, Eidenburg, über die neuesten Ergebnisse der elektrischen Fortschritte im „Tranon“. Naturtheaterverein im Plauenischen Grunde. Abends halb 9 Uhr Vortrag der Frau Klisch, Naturärztin, Meissen, im „Deutschen Haus“ zu Posthappel.

### Nachrichten aus der Provinz.

Mitau. Die Wählerlisten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl liegen jetzt bis mit 8. November im hiesigen Gemeindeamt zur Einsichtnahme aus. Wer selbst nicht nachsehen kann, lege seine Adresse beim Genossen Krebs im Konsumverein, Frühlingsstraße 1, nieder. Die Wahl findet Sonntag den 13. November von nachmittags 3 bis abends 6 Uhr in Wepfers Restaurant statt. Wähler ist jeder, der 2 Jahre im Orte wohnt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

Löbtau. In dem an der Plauenischen Straße Nr. 27 gelegenen Wohnhause erlitten gestern vormittag in der Wohnung des Brauers Josef Herden ein unbekannter Mann und erkundigte sich, nachdem die allein mit mehreren kleinen Kindern in der Wohnung anwesende Ehefrau Herden die Vorfallthüre geöffnet hatte, nach den Verhältnissen einer Familie Wempe angeblich wegen Christbecherungsachen. Da in dem Hause mehrere Familien des gebachten Namens wohnen, fand Frau Herden im Antrage des Fremden nichts Auffälliges und gab dessen Ersuchen um Ueberlassung von Time und Gelegenheit zum Aufschreiben der erlangten Auskünfte innerhalb der Wohnung nach. Mann hatte der Fremde aber im Zimmer Tinte und Feder von Frau Herden auf einem Tisch erhalten, so packte er die Frau und schlug sie mit aller Kraft auf den Kopf, um sie zu betäuben. Da es ihm nicht gelang, Frau Herden zum Schweigen zu bringen, so ergriff der Mensch eine wollene Tischdecke, die über einen nebenstehenden Tisch gebreitet war und ludte sie der Ueberfallenen in den Mund zu stecken. Am Augenblicke des Herbeiziehens der Tischdecke gelang es der letzteren, aufzufpringen, an das Fenster zu gelangen und laut um Hilfe zu rufen. Nun suchte der Fremde das Weite, Frau Herden aber war auf das Fenster gestiegen, um aus solchem hinauszufliehen. Auf der Straße hatte dieser Vorfall die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gezogen. Der Mensch wurde festgenommen und zur Wache gebracht. Unterwegs suchte der Fremde sich loszumachen und nach der inneren Brusttasche zu greifen, woran er aber gehindert wurde. Bei sich führte er ein hartes Taschmesser, ein kleineres neues Messer mit Griff und scharfender, haarstärker Klinge und eine mit Holzgriff versehene, 10- bis 6 Zentimeter lange Axt, ähnlich dem Instrumente, mit dem der Mord an der Kaiserin von Oesterreich verübt worden ist. Der Unbekannte ist der Staatsanwaltschaft überliefert worden. Frau Herden wird hoffentlich dauernde Nachteile von dem erstritten Ueberfalle nicht davontragen.

Böhlitz. Durch den nachmittags kurz nach 1 Uhr von Melsa nach Reichenhain verkehrenden Güterzug wurde am Reformationsfesttage amweit des Bahnhofs Böhlitz das Kind des Streckenarbeiters Gläßer am rechten Arme überfahren und schwer verletzt.

Glauchau. Ein hiesiger Schüler indizierte am vergangenen Donnerstag an einem elektrischen Element und gebrauchte dazu chromsaures Kali. Dabei sind wahrscheinlich einige Abfälle auf dem Tische liegen geblieben. Als die Mutter später dem Knaben ein Butterbrot auf den Tisch legte, ist wahrscheinlich von den Abfällen etwas am Brote hängen geblieben und mit verpeist worden. Es stellte sich starke Vergiftung ein und nur durch sofortige ärztliche Hilfe konnte das Leben des Knaben gerettet werden.

Leipzig. Ein dauerlicher Sozialer ereignete sich am Sonnabend abend in dem Produktengeschäft von Mandler, Eisenbahnstraße 101. Der Inhaber des Geschäfts hatte mit einem guten Freunde eine Bierreise gemacht und beide waren dann in den Laden des Mändlers gegangen. In Anwesenheit anderer Personen überzogen beide noch, wobei Mandler ein scharfes weißes Messer in der Hand hatte, das er über die etwas niedrige Abendtafel hielt. Mändlers Freund, der leicht angetrunken war, sammelte und fiel in das Messer, das ihm ins Herz drang. Mandler selbst trug der Schwerverletzten zu dem Hrn Dr. Georai, wo jedoch alsbald den Tod eintrat. Da wie gesagt Augenzeugen vorhanden waren, ist Mandler von der Polizei auf freiem Fuße belassen worden.

Lengenfeld. Hier hielten die erzgebirgisch-sächsischen Ortsfrankentafeln eine Konferenz ab, in der berichtet wurde, daß auf das an die Verwaltungsbehörden des Bezirkes ergangene Rundschreiben, den Anträgen die Entziehung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge für die versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden aufzugeben, nur zwei (Haltensen und Dairichen) diesen Wünschen entgegengekommen haben. Am Antrags an ein Merkmal von stets-Mitau über die vorgeschlagene Änderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsbeitrages wurde beschlossen, den Reichstag zu ersuchen, die Hausgewerbetreibenden in Rücksicht auf die Art der Entziehung der Beiträge allen übrigen Versicherungspflichtigen gleichzustellen. Ferner soll wiederum um Abstattung der Betriebs- und Jnnungsfrankenlisten petitioniert werden.

### Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Zentralblatt, Dieg' Verlag) ist soeben das 6. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber Militärkriege. — Die politische Rolle der italienischen Bourgeoisie. Von Ida Libera. — Neuere Untersuchungen über die Lage der deutschen Konfessionsarbeiter. Von Friedrich von Johannes Linn. — § 175. Von Dr. R. Romas. — Die erwerbsmäßige Kinderarbeit und die Schule. Eine sozialpädagogische Studie von Karl Strauß. (Schluß.) — Notizen: Die deutsche Bierbrauerei in den letzten zwei Jahrzehnten. — Neuheiten: Eine Unvollendete. Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von Olga Koblanzka. (Fortsetzung.)

Das Protokoll über die Verhandlungen des letzten Parteitages ist soeben in einem 240 Seiten starken, gut ausgestatteten Buche erschienen. Der niedrige Preis des Werkes ermöglicht es jedem Parteigenossen, sich das der Wichtigkeit der Verhandlungen und der Bedeutsamkeit der Beschlüsse wegen unentbehrliche Verdicten anzuschaffen. Den genau wiedergegebenen Verhandlungen geben Programm, Organisationsplan, die Berichte der Parteilisten und der Reichstagsaktion, sowie die zum Parteitage gestellten Anträge voraus. Eine Uebersicht über die Ergebnisse der Abstimmungen des Parteitages, Präsenzliste, Sach- und Sprechregister schließen das Buch.

### Lezte Telegramme.

London, 2. November. Daily Graphic“ erzählt nachstehendes aus Paris aus amtlicher Quelle: Barathier sei nach Kairo entsandt worden, mit dem Befehle an Marchand, nach Jaischaba zurückzugehen und von dort aus mit seinen Begleitern nach dem Ubangi sich zurückzuziehen. Jaischaba und fünf von den Franzosen stießen bei der durch das deutsch-englische Abkommen festgelegten Grenzlinie errichteten Posten sollen geräumt werden. Es sei der Vorschlag gemacht, diese Posten den egyptischen Behörden zu überlassen, und die egyptische Regierung soll gebeten werden, Truppenabteilungen zu entsenden, um Marchand auf seinem Rückmarsch zu begleiten. Die Verhandlungen sollen auf Grund der von Courcel unterbreiteten Vorschläge eröffnet werden. Wenn Marchand von dem Vornarsch der Armees des Ahevide Kenntnis gehabt hätte, heißt es weiter im „Daily Graphic“, so würde er nicht so weit nach Osten vorgeberungen.

Cetinje, 2. November. Die montenegrinische Regierung wird sich bei der Anarchisten-Konferenz durch den russischen Delegierten vertreten lassen.

# Verein Zentralkommission aller Branchen v. Dresden u. U.

Den 2., 3. und 4. November 1898

## Vortrags-Abende

des Privatgelehrten Herrn **Wempe**, Oldenburg  
über die  
**neuesten Ergebnisse der elektrischen Forschung**  
im großen Saale des „**Trianon**“, Dresden und Leiperts Gasthof, Pieschen, Vorgauerstr.

Im „**Trianon**“.  
1. Vortrags-Abend (Mittwoch den 2. November): „Neder hochgespannte Wechselströme (Geslas Licht der Zukunft); die Röntgenstrahlen in ihrer ganzen Entwicklung dargestellt.“  
2. Vortrags-Abend (Donnerstag den 3. November): „Die Welt im Lichte des Fernrohres oder der gegenwärtige Standpunkt der astronomischen Forschung; die Sonne; der Mond.“

In Leiperts Gasthof, Pieschen.  
4. Vortrags-Abend (Freitag den 4. November): „Neder hochgespannte Wechselströme (Geslas Licht der Zukunft); die Röntgenstrahlen in ihrer ganzen Entwicklung dargestellt.“  
Eintritt 7 Uhr. Anfang punkt 9 Uhr. Preis der Karte für einen Abend 25 Pf.

Karten sind auch an der Kasse zu haben.  
Es wird höflich gebeten, pünktlich anwesend zu sein, um Störung zu vermeiden.  
Der Vorstand.

## Lithographen u. Steindrucker.

Sonnabend den 5. November 1898

## Grosser Festkommers

zur 25jährigen Jubelfeier des deutschen Genesfelder-Bundes  
und des Geburtstages Genesfelders

bestehend in  
Instrumental- und Vokalkonzert, humoristischen Vorträgen, Prolog  
und Festrede über: „**Allois Genesfelder und der Bund seiner Jünger**“,  
gehalten vom Fachschriftsteller **Fritz Hansen**, Berlin  
in den Räumen des „**Odeum**“, Garusstraße.

Anfang 8 Uhr.  
Eintrittskarten sind beim Bundeskassierer und den Mitgliedern der Festkommission zu entnehmen.

## Konsum-Verein Striesen.

Dienstag den 15. November 1898  
abends halb 9 Uhr

## General-Versammlung

im Gasthose zum „**Sächsischen Brutzen**“.  
Der Aufsichtsrat.  
H. Biehl, Vor.

## Ehren-Erklärung.

Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die von  
mir in Nr. 182 der „**Sächsischen Arbeiter-Zeitung**“ gegen  
Herrn **Bruno Wirthgen** in Deuben erhobenen Be-  
schuldigungen unwahr sind. Ich bedauere, Hrn. Wirthgen  
dadurch beleidigt zu haben und nehme alles, was ich in  
dieser Angelegenheit über ihn gesprochen habe, zurück.

**O. Schumann.**

## Arbeiterbildungsverein für Mickten, Uebigau, Trachau und Kaditz.

Montag den 7. November, abends 9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im „**Elbsalon**“ zu Mickten.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Gemeinderatswahl in Mickten  
und Stellungnahme zu derselben, — 2. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

### Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergesslichen, teuren  
Vaters, des Steinmetzen **Emil Böttner**, drängt es mich, allen  
denen, welche ihm zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten und mit  
Blumenkranz beehrten, meinen herzlichsten Dank auszusprechen.  
Pirna, den 2. November 1898.

Die trauernde Witwe  
**Alma Böttner.**

## Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

(Einschmittelschaft zu Dresden.)  
Sonnabend den 5. November 1898

## 1. Wintervergüngen

in den Räumen der „**Guld'nen Aue**“, Blumenstr.  
bestehend in  
**humoristischem Konzert und darauffolgendem Ball.**  
Das Konzert wird von der **1. Musikbühner Sängergesellschaft**,  
Direktion **Preussler**, ausgeführt.  
Eintritt 7 Uhr. — Anfang punkt 8 Uhr. — Ende 3 Uhr.  
Karten für Mitglieder und deren Angehörige sind bei dem Vertrauens-  
mann zu entnehmen.

E. D. sucht in Johannstadt ein  
kleines Stübchen als Schlafstelle.  
Nr. unter „**B.**“ an Evans &  
Geroldstraße 21, Hb. part. erbeten.  
Esp. Herren-Schlafstelle zu verm.  
Marischalstr. 5, 4, bei Schneider.

## Gänzlicher Ausverkauf.

Wegen Auflösung meiner hiesigen Filiale verkaufe ich meine sämtlichen Vorräte in  
**Herren- u. Knaben-Garderoben**  
sowie die zur Ergänzung des Lagers nötigen Waren zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.



**Herren-Stoff-Anzüge**  
von 10 Mark an.  
**Herren-Winter-  
und Herbst-Paletots**  
von 12 Mark an.  
**Herren-Hosen**  
in Buckskin, Cheviot und Kammgarn  
von 3 Mark an.  
**Herren-Joppen**  
warm gefüttert, von 5 Mark an.  
**Knaben-Anzüge  
-Paletots und -Mäntel**  
von 3 Mark an.  
**Sohenzollern-Mäntel  
Havelocks etc.**  
zu außerordentlich billigen Preisen.  
Besichtigung des Lagers auch Nichtkäufern  
gern gestattet.

## Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderoben  
**18 Freiburgerplatz 18.**

## Rohrspäne

zum Füllen der Strohfäcke, sehr  
reinhaltig, circa 10 Jahre haltend,  
der Sod, je nach Größe, 2,50 M.  
bis 3,50 M. abzugeben  
Pöbtauerstraße 18.

## Tücht. Trompeter

welcher zwecks weiterer Ausbildung  
einem jungen Mann 2. bis 3 mal  
wöchentlich Stunde erteilen will,  
wird gebeten, seine Adresse an  
**Robert Buchwald**, Kunstr.  
Nr. 63, 1, bei Dittler, niederzulegen.

## Verkäuferinnen

für unser Kolonialwaren-  
geschäft zum sofortigen An-  
tritt gesucht.

## Konsumverein Pieschen

Vorgauerstraße 32.  
Nähmaschinen, voll. näd., v.  
15-20 M., sowie hochf. neue f. 45  
M. 1. verl. Frühlingstr. 18, part.



Soeben frisch eingetroffen:  
**Neue Riesen-**

## Brat-Heringe

3 Stück 25 Pfennig.

Für hier: 1/2 Dose	1/2 Dose	Für ausw. 1/2 Dose	1/2 Dose
305 Pf.	175 Pf.	275 Pf.	175 Pf.
bei 5 à 295 .	165 .	bei 5 à 265 .	145 .
• 10 à 285 .	160 .	• 10 à 255 .	140 .
• 25 à 270 .	155 .	• 25 à 240 .	135 .

## Schellfisch

Pfund 28 Pf.

## E. Paschky.

Hauptlager und Kontor:  
**Dresden-Friedrichstadt, Wölschnstraße 1, Tel. 1634**  
nahe der Hauptmarkthalle.  
**Pillnitzerstraße 40, Tel. 3102**  
**Wettinerstraße 17, Tel. 1635**  
**Mausstraße 4, Tel. 2257**  
**Freiburgerplatz 4, Tel. 1705**  
**Streichenerstraße 30, Tel. 4102**  
**Reitbahnstraße 3, Tel. 2965**  
**Streichenerstraße 16, Tel. 2966**

## Speisewirtschaft Oskar Kaden

8 Hertelstraße 8  
ladet heute, Donnerstag, 3. Novbr.,  
zum

## Gr. Schlachtfest

ergebenst ein.

Für die Abonnenten von **Pieschen**,  
**Mickten, Trachau, Uebigau** u.  
heute ein **Prospekt d. Winterkatalogs**.  
„goldener Engel“, Cichauerstr. 19, 20.  
Verantwortlicher Redakteur:  
**Max Beyer**, Dresden.  
Druck und Verlag:  
**Kaben & Comp.**, Dresden.  
Hierzu 1 Beilage.

# Beilage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung.“

Nr. 255.

Dresden, Donnerstag den 3. November 1898.

9. Jahrgang.

## Erörterungen über die Taktik.

### Wofür sollen wir ihm dankbar sein?

Offener Brief an Karl Kautsky.  
(Schluß)

Der Fall Bernstein ist ungemein lehrreich für jedermann, der darüber nachdenken will, — und nur in diesem Sinne will ich mit Ihnen sagen, hochverehrter und lieber Genosse, daß Bernstein unseren Dank verdient. Die Geschichte seiner Umwandlung aus einem Sozialdemokraten in einen „Sozialpolitiker“ wird stets die ganze Aufmerksamkeit aller denkenden Köpfe in unserer Partei in Anspruch nehmen dürfen. Genosse Wobeser erklärte diesen Uebergang durch den Einfluß der englischen Zustände. „Ein Geist wie Marx“, sagte er, „mußte in England sein, um dort sein Kapital“ zu schreiben. Bernstein aber läßt sich imponieren von der kolossalen Entwicklung der englischen „Wirtschaft“. Aber ist es denn wirklich nötig, ein Marx zu sein, um in England zu leben, ohne dem Einfluß der englischen Bourgeoisie zu verfallen? In der deutschen Sozialdemokratie kann man, glaube ich, nicht wenige Genossen finden, die, trotzdem sie in England lebten, dem Sozialismus (im Sinne von Marx und Engels) doch treu geblieben sind. Nein, die Ursache liegt nicht darin, daß Bernstein in England lebt, sondern in dem Umstande, daß er mit demselben wissenschaftlichen Sozialismus schlecht vertraut ist, den er „wissenschaftlich zu beibehalten“ unternommen hat. Ich weiß, vielen wird das ungläubig erscheinen, und doch ist das so.

In meinem Artikel „Bernstein und der Materialismus“ in der „Neuen Zeit“ habe ich gezeigt, wie erstaunlich gering die philosophischen Kenntnisse dieses Mannes sind und wie verfehlt seine Anschauungen von dem Materialismus im allgemeinen sind. In einem Artikel, den ich jetzt für die „Neue Zeit“ schreiben werde, werde ich zeigen, wie schlecht er sich die materialistische Geschichtsauffassung angeeignet hat. Und jetzt bitte ich Sie, zu beachten, wie erstaunlich wenig er selbst von der Zusammenbruchstheorie, gegen die er „kritisch“ zu Felde zog, verstanden hat.

Folgendermaßen schildert er uns „die zur Zeit in der Sozialdemokratie vorherrschende Auffassung vom Entwicklungsgang der modernen Gesellschaft“:

„Nach dieser Auffassung wird früher oder später eine Gesellschaftsform von gewaltiger Stärke und Ausdehnung durch das kapitalistische Wirtschaftssystem entlassen, die Volksmassen so einträglich zu der Unmöglichkeit überzeugen, unter der Herrschaft dieses Systems die gegebenen Produktivkräfte zum Wohle der Gesamtheit zu leiten, daß die gegen dieses System gerichtete Bewegung unüberwindliche Kräfte annimmt, und unter ihrem Antriebe dieses selbst rettungslos zusammenbricht. Mit anderen Worten — die unüberwindliche große wirtschaftliche Krise wird sich zu einer allumfassenden gesellschaftlichen Krise auswerten, deren Ergebnis die politische Herrschaft des Proletariats als der dann einzig selbstbewußt revolutionären Klasse und eine unter der Herrschaft dieser Klasse sich vollziehende völlige Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne sein wird.“

Sagen Sie, hochverehrter und lieber Genosse, ist das die Art und Weise, in der Sie sich die soziale „Katastrophe“ denken, die früher oder später als unvermeidliches Ergebnis des Klassenkampfes sich einstellen muß? Sind auch Sie der Meinung, daß eine solche „Katastrophe“ nur das Resultat einer gewaltigen und dabei allgemeinen Wirtschaftskrise sein könne? Ich glaube kaum. Ich glaube, daß für Sie der kommende Sieg des Proletariats nicht notwendig an eine akute und allgemeine Wirtschaftskrise gebunden ist. Sie haben die Sache nie so schematisch dargestellt. Und, so weit ich mich erinnern kann, hat auch kein anderer sie in dieser Weise aufgefaßt. Zwar ist der revolutionäre Bewegung von 1848 die Krise von 1847 vorausgegangen. Daraus folgt aber durchaus nicht, daß ohne eine Krise die „Katastrophe“ undenkbar sei.

Und das ist richtig, daß zur Zeit eines starken industriellen Aufschwungs auf eine außerst Zuspitzung des Klassenkampfes schwer zu rechnen ist. Wer bürgt uns aber für einen ununterbrochenen industriellen Aufschwung in der Zukunft? Bernstein glaubt, daß angesichts der modernen internationalen Verkehrsmittel alte und allgemeine Krisen unmöglich geworden seien. Zugegeben, es sei dem so, und die Geschichtsbuchung würde, nach dem 1865 der französische Ökonomist Proudhon gesagt hätte, nur eine teilweise sein — „l'engorgement des produits ne sera pas total.“ Aber niemand stellt doch die Möglichkeit einer Wiederholung jener gewaltigen „trade depression“ — industriellen Depression, in Abrede, die wir soeben durchgemacht haben. Beweisen denn solche Depressionen nicht in anschaulichster und schlagendster Weise, daß die Produktivkräfte der modernen Gesellschaft ihren Produktionsverhältnissen über den Kopf gewachsen sind? Und ist es der Arbeiterklasse wirklich so schwer, den Sinn dieser Tatsache zu erfassen? Daß Perioden der industriellen Depression, indem sie Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrungen erzeugen, geeignet sind, den Klassenkampf ungemein zu verschärfen, zeigt uns Amerika sehr deutlich.

Allen diesen Erwägungen geht Bernstein aus dem Wege. Alle unsere Erwartungen von der Zukunft macht er von einer alten und allgemeinen Wirtschaftskrise abhängig, und nachdem er gezeigt hat, daß solche Krisen in der Zukunft kaum zu gewärtigen wären, bildet er sich ein, auch die ganze „Zusammenbruchstheorie“ vernichtet zu haben. Er trotzt uns mit seiner Schablone und beweist so, daß diese Schablone vollständig schablonehaft ist. Und dann freut er sich gewaltig über diese billigen Triumphe. Man sieht es an dem Tone, in dem er die „Dogmatiker“ befehlt.

Sie werden sich wohl erinnern, hochverehrter und lieber Genosse, wie viele auf dem Stuttgarter Parteitag den Ton gebildet haben, in dem Parvus gegen Bernstein polemisiert hatte. Ich glaube, wenn Parvus in einem anderen Tone polemisiert hätte, so hätte Bernstein keinen Vorwand gehabt, sich in Schweigen zu hüllen. Dann hätte auch alle Welt die fröhliche Gedankenarbeit Bernstein's klar sehen können. Deshalb bedauere auch ich, daß Parvus sich nicht gemüht hat. Aber ich begreife auch vollständig seinen Jörn. Nach meinem Dafürhalten wurde er auch durch die Umstände vollständig gerechtfertigt. Außerdem hat niemand von denen, die Parvus getadelt haben, den unangenehmen Ton Bernstein's selbst beachtet. Das war der Ton eines selbstsüchtigen, selbstgefälligen Pedantismus. Als ich die

Belehrungen las, welche Bernstein an die „Dogmatiker“ der deutschen und zum Teil auch der englischen Sozialdemokratie richtete, da sagte ich mir: wäre Sancho-Pansa nicht zum Gouverneur, sondern zum Professor der Sozialwissenschaften ernannt, und wäre sein angeborener gesunder Verstand einer plötzlichen Anwendung von Tümel erlegen, so würde er keinen anderen als eben den Bernstein'schen Ton anschlagen. Ich weiß: lo gustibus non est disputandum — die Geschmäcker sind verschieden —, aber ich glaube, daß vielen diese Tonart weit antipathischer ist, als der heftige leidenschaftliche Ton.

Sie geben selbst zu, hochverehrter und lieber Genosse, daß Sie von der Inhaltlosigkeit seiner Artikelserie überrascht waren, der Bernstein den vielüberhörsenden Titel gab: „Die Probleme des Sozialismus.“ Und doch sagen Sie, daß diese inhaltlosesten Artikel uns zum Nachdenken veranlaßt hätten. Sie sind für Bernstein'sche Voreingenommenheit und deshalb sind Sie sehr ungerecht.

Sie sagten in Stuttgart: „Man hat Bernstein vorgeworfen, daß seine Artikel unsere Siegesgewissheit verringern, dem kämpfenden Proletariat in die Arme fallen. Dieser Ansicht bin ich nicht.“ Wenn die Artikel von Bernstein wirklich den einen oder den anderen in seiner Ueberzeugung wankend gemacht haben, dann wäre es nur ein Beweis, daß es um solche Leute nicht sehr schade ist, daß ihre Ueberzeugung nicht sehr tief genurzelt hatte, und daß sie die erste Gelegenheit benutzten, um aus den Rücken zu kehren, und dann können wir froh sein, daß es jetzt schon geschieht. Statt bei der Katastrophe, wo wir jeden Mann brauchen.“

Wie konnten denn die Artikel von Bernstein entmutigen? Doch offenbar nur den, der sich, wenn auch nur zeitweise, auf den neuen Standpunkt Bernstein's gestellt hatte. Der Uebergang zu diesem Standpunkt mußte jeden logisch denkenden Menschen notwendig zum völligen Bruch mit dem alten sozialdemokratischen Programm führen. Eine derartige Frontänderung kann aber von niemandem angefordert gemacht werden, sie muß unvermeidlich, wenn auch nur vorübergehend, seine Energie schwächen, zudem hat die Energie derer, die Bernstein's Standpunkt eingenommen, sehr wenig mit derjenigen gemein, die der, ihres Sieges sicheren sozialdemokratischen Partei eigen ist. Unumgänglich müssen jene den A a m p anders auffassen als wir, und folglich muß auch ihre Siegesgewissheit sich von der unzerleglichen wesentlich unterscheiden. Deshalb kann man nicht umhin, zu sagen, daß die für unsere Partei notwendige Energie in direktem Verhältnis zu der Zahl derjenigen geschwächt wurde, die auch nur vorübergehend Bernstein zugestimmt haben. Gleich Ihnen glaube ich auch, daß die internationale Sozialdemokratie keinen Grund hat, auf die Gefolgshaft solcher Leute solchen Wert zu legen, daß sie die weiche allen Grund hat, zu wünschen, daß sie ihre Fesseln verlassen, bevor die Zeit der ersten Wahlen für sie herangebrochen ist. Nach meiner Meinung ist Ihre strenge Beurteilung solcher Leute vollständig gerechtfertigt. Es will mir aber scheinen, daß Sie nicht konsequent sind, — daß wenn Sie sich entschließen wollten, konsequent zu sein, Sie noch strenger den Mann, dessen Einfluß diese Leute verfallen sind, — d. i. Eduard Bernstein selbst — beurteilen müßten.

Es liegt mir durchaus fern, mich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Sozialdemokratie einzumischen, und zu entscheiden, ob Sie die Artikel Bernstein's in der „Neuen Zeit“ hätten aufnehmen sollen oder nicht. Nichts liegt mir ferner als eine derartige Annahme. Aber Sie wissen selbst, hochverehrter und lieber Genosse, daß in Stuttgart Fragen zur Debatte standen, die für die Sozialdemokratie der ganzen Welt von enormer Tragweite sind. Und nur deshalb entschloß ich mich, an Sie diesen Brief zu richten. Sie sagen, daß die Polemik mit Bernstein eigentlich jetzt erst beginnt. Ich bin damit nicht ganz einverstanden, denn die Fragen, die von Bernstein aufgeworfen wurden, sind in bedeutendem Maße durch die Parvus'schen Artikel ihrer Lösung näher gebracht worden mit welchen Artikeln sich Parvus um das Proletariat aller Länder sehr verdient gemacht hat. Aber nicht darum handelt es sich jetzt. Die Hauptsache ist, daß, indem wir die Polemik mit Bernstein wieder aufnehmen, wir der von mir erwähnten Worte Liebknecht's eingedenk sein müssen: hätte Bernstein Recht, dann könnten wir unser Programm und unsere ganze Vergangenheit begraben lassen. Wir müssen davon festhalten und unsere Leiden offen erklären, daß es sich ummehren darum handelt: wer soll von wem; die Sozialdemokratie von Bernstein, oder Bernstein von der Sozialdemokratie begraben werden? Ich persönlich zweifle und zweifelte nie über den Ausgang dieses Streit. Aber gestatten Sie mir, hochverehrter und lieber Genosse, zum Schluß meines Briefes noch einmal die Frage an Sie zu richten: Sind wir wirklich einem Rauche zu Tode verpflücht, der der sozialistischen Theorie Faustschläge ins Gesicht versetzt und der — bewußt oder unbewußt, was gleichgültig ist — beiträgt, diese Theorie zum Wandium der verunglückten „reaktionären Masse“ zu begraben? Nein, nein und tausendmal nein! Nicht unseren Dank verdient ein solcher Mann! Ihr aufrichtig ergebener

G. Plechanow.

## Vierter Bayerischer Parteitag.

Märzburg, 30. Oktober.

Heute vormittag traten hier die Vertreter der bayerischen Sozialdemokratie zu ihrem vierten Parteitag zusammen. Es sind 49 Orte durch 78 Delegierte vertreten. Außerdem sind anwesend die Mitglieder der Fraktion mit Ausnahme des Genossen Schwesinger, der eine Besondere Mission befehlt, und als Vertreter des Agitationsvereins für Nordbayern, Genosse Dietel-Körnber.

Zu Punkt 1: Berichterstatter über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erhält zunächst das Wort: Landtagsabgeordneter Ehrhart: Der erste Parteitag in Regensburg ging von dem Gedanken aus, daß einmal der Versuch zu machen sei, sich an den Landtagsmahlen zu beteiligen, und der Erfolg hat diesen Schritt vollkommen gerechtfertigt. Vollmar war in der vorletzten Session teilweise abwesend, gleich zu Beginn der Session starb unter aller Freund-Geliebten eines plötzlichen Todes, für ihn trat Genosse Seitz erst im Anfang 1898 ein, so daß unsere Thätigkeit etwas beschränkt war. Allein trotzdem war sie doch eine sehr reichhaltige.

Unsere Taktik war diesmal eine solche, daß wir uns in Bezug auf Stellung selbständiger Anträge etwas einschränkten, um den Gegnern, die uns immer den Vorwurf machen, daß unsere Anträge nur demagogische Mittel seien, die nach außen wirken sollen, Gelegenheit zu geben, auch einmal zu zeigen, was sie können. Wie ein roter Faden zog sich durch die ganzen Verhandlungen das Beharren der Gegner, angetrieben

von ihrem bösen Gewissen, vor Theilnahme noch möglichst viel zu rammen; obwohl schon im Oktober vier Tage lang über Seuchen geirrt worden wurde, wurde nochmals dreiwöchentlich darüber verhandelt. Wir hatten schon bei der ersten Beratung unseren Standpunkt zu der Frage klar gelegt. Dabei wurden die Gegner zu dem Geständnis gezwungen, daß sie nichts anderes wollten, als die Erhöhung der Fleischpreise; ob die dabei erfolgte Absicht, die Stimmen der Bauern zu fangen, erreicht ist, steht aber noch nicht fest. Ferner hat man wieder einmal den Versuch gemacht, das Handwerk zu retten. Genosse Seitz hat unseren Standpunkt, daß ganz andere Maßregeln als der Junimgeldwandel im Interesse des Handwerks zu ergreifen sind, eingehend auseinandergesetzt.

Redner erörtert sodann noch die demagogischen Aunahme des Zentrums in Sachen der Steuer: auf Kursumstände, Genußgen, Fahräder, Beschränkung des Meidenbierhandels usw. und erinnert daran, daß die sozialdemokratische Fraktion, gekannt auf unser Aktionsprogramm, auch einen Vorstoß bezüglich Vergemeinschaftung der Apotheken gemacht habe, was die unglücklichen Parteien als einen Sprung in den Zukunftsaar selbstverständlich ablehnten. Ein anderer Antrag bezüglich der Baupolizei fand ebenso wenig Unterstützung. Während man auf der einen Seite für das Vieh belangt ist, die Verbreitung von Seuchen hintanzuhalten sucht, kümmert man sich auf der anderen Seite um die Tausende von Arbeitern, die im Dienste des Materialismus ihre Leben und ihre Gesundheit zu Markte tragen müssen, nicht im mindesten. Ebenfalls von demagogischen Beweggründen geleitet war der Beschluß in Sachen des Bodenzinsnachlasses, dieser für die Masse des Volkes gefährlichste Beschluß, der dem kleinen Bauernstand nichts nützt, sondern nur den Großen ein Geschenk eingebracht hat. Unsere Thätigkeit war überall darauf gerichtet, möglichst viel für den Bauernstand herauszuschlagen. Wir wissen heute noch nicht, ob im Jahre 1912, wo die Bodenzins gänzlich befreit sein sollen, die hierfür erforderlichen 300 Mill. M. vorhanden sein werden; dabei sind schon jetzt jährlich 500.000 M. für Hochflüsse ausgelegt, jedoch alle überflüssigen Mittel in diesen Abgrund fließen! Gegen eine solche Art der Gehegsmacherei uns anzulehnen, haben wir alle Ursache.

Was wir hinsichtlich der Landwirtschaftsbank voraussetzten, ist eingetroffen, die Millionen sind sehr rasch verschwendet; eine große haben sich damit gelehnt, die Kleinen erhalten überhaupt nicht; jetzt müssen weitere Millionen angefordert werden. Statt mit den vorhandenen Mitteln Kulturaufgaben zu lösen, verrottelt man sie, um Wahlschätze zu machen.

Redner bezieht ferner die Aenderung des Vereinsgesetzes — ein Erfolg, auf den die sozialdemokratische Landtagsfraktion, der man immer vorwerfe, ihre Thätigkeit bei eine negative, stolz sein könne, wenn auch noch lange nicht das Minder eines Vereinsgesetzes erreicht sei. Unsere ursprünglichen Forderungen seien damit nicht aufgehoben. Eventuelle Mißstände in der Auslegung des Gesetzes zu rügen, dazu haben wir im Landtage genügend Gelegenheit.

Die Behandlung der Steuerreform zeigte die Majoritätsverteilung wieder in ihrer wahren Gestalt, sie bedeutet eine Schonung der Großen, von denen man befürchtet, daß sie sonst ausreifen. Unser Standpunkt in der Steuerfrage ist uns durch unser Programm klar vorzeichnet, wir erkennen als einzige gerechte Steuer die direkt progressive Einkommensteuer an.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bezieht Redner sehr eingehend die Frage der Aenderung des Landtagswahlgesetzes, welche Reform endlich vom Landtag, nachdem der sozialdemokratische Antrag immer wieder kam, angenommen wurde, während die „hohen Herren“ vom Reichsrat die Frage durch Uebertragung zur Tagesordnung für diesmal beiseite ließen und dadurch den Ministern den Dorn aus dem Auge zogen. Den Vorwurf, als seien wir in unseren Forderungen zahmer geworden, bezieht Redner als Frechheit. Wir waren ursprüngliche, unsere ursprüngliche Forderung fallen zu lassen, nicht mehr als das jetzt von uns verlangt zu haben war. So viel steht heute schon fest, daß nur die Frage zur Entscheidung bringen werden.

Redner schließt unter Beifall seine Ausführungen damit, jeder habe nach bestem Können gearbeitet, und er betet den Parteitag, kein Streit hierüber abzuhängen, dem die Landtagsabgeordneten mit Seelenruhe entgegenzusehen können.

Genosse v. Vollmar behandelte in seinem hierauf folgenden Referat den Teil der Landtagsfraktion, der sich auf die Arbeiterfrage bezieht. Er sagte: Wir haben nicht nur jede Gelegenheit benutzt, um die Interessen der Arbeiter und Staatsbediensteten, namentlich in Bezug auf Arbeiterdrehen, wahrzunehmen, sondern auch angehend der proletarischen Arbeiterbewegung in der Reichspolitik und des weitestgehenden Sozialen des bayerischen Zentrums gründliche Auseinandersetzungen über das ganze Gebiet der Sozialpolitik provoziert, die nützliche Aufklärungen über die Absichten und Absichten der Gegner gebracht haben. Unsere Forderungen waren von je auf Aufrechterhaltung des Antisemitismus gerichtet und es ist nicht zu leugnen, daß verächtliche Verleumdungen eingetrent sind. Zwei unserer Forderungen sind wenigstens der Form nach durchgesetzt worden, und zwar zunächst, daß dem Fabrikarbeiter ein Minimum beigegeben wird, dies allerdings nur insofern, als hierzu ein Vorarbeiter angeheilt wurde, aber immerhin ist dies eine Anerkennung unseres Grundgedankens und wir haben dahin zu wirken, daß das Antisemitismus schließlich beseitigt wird, daß Arbeiter dem Fabrikarbeiter als Vertrauensleute der Arbeiter beschreiben werden. Und dann sind weibliche Funktionäre im Gewerbeaufsichtsdienst angesetzt worden, es müßte sich allerdings erst noch zeigen, ob die Wahl eine gute ist. Bei staatlichen Arbeiten fordern wir deren Ausführung in eigener Regie und verlangen dann, daß der Staat ein Musterarbeitgeber sei; bei Vergebung der Arbeit an Unternehmer darf er diese nicht beliebig verschärfen lassen, sondern hat keine Bedingungen bezüglich Beschäftigungsart, Arbeitszeit, Lohnhöhe etc. zu stellen. Wir haben dies bei Behandlung der Revision des Sattlergesellenkongresses nachdrücklich betont.

Bei dem Arbeiterversicherungsweisen haben wir auf Lücken und Ungerechtigkeiten hingewiesen, sind für gute Einrichtung und Zentralisation der gemeindlichen Arbeit nachweise eingetreten und haben gezeigt, daß ihre Hauptaufgabe die hinterrückte Unterdrückung der privaten Stellenvermittlung ist; wir beantragten ferner die Revision der ortsständigen Tagelöhne, durch deren niedrigen Anlag besonders die fest- und landwirtschaftlichen Arbeiter benachteiligt werden, während die Arbeitgeber dabei den Nutzen haben, daß sie geringere Beiträge bezahlen müssen, weshalb auch unser Antrag unter nichtstehenden Motiven abgelehnt wurde. Dem in München gefassten Beschluß, der Lage der Vergarbeiter mehr Aufmerksamkeit zuwenden, wurde Folge gegeben und diesbezügliche Erhebungen angestellt.

Das Hauptinteresse nahmen diesmal die staatlichen Arbeiter und Bediensteten in Anspruch; es konzentrierte sich auf die Lage der Eisenbahner. Aber seit alle gewiß billigen Forderungen wurden abgelehnt. Bei der Besprechung des Sozialdemokratischen Erlasses haben wir Gelegenheit gehabt, mit dem Zentrum gründliche Abrechnung zu halten, das durch Songung der Arbeiterbewegung mittelst seiner Sondervereine die Kraft der Arbeiterklasse schwächt und ihnen bei jedem Lohnkampfe in den Rücken fällt.

Bezüglich der Agrarfrage stehen wir auch heute noch auf der seit Jahren vorgezeichneten Linie. Wir haben soviel als möglich für die bedrängten Kleinbauern, die nichts anderes als Arbeiter sind, die sich noch im Besitze der Arbeitsmittel befinden, herauszuschlagen versucht, so weit es unsere Grundzüge nur irgendwie zuließen. Das unsere Thätigkeit gerade auf diesem Gebiete durch unerschöpfliche Keuerungen, die aus den Reihen der eigenen Partei (außerhalb Bayerns) kamen, vielfach gehemmt wird, darf nicht verkannt werden. Diese Keuerungen werden von den Gegnern emsig gesammelt, umgelogen und uns bei der Wahlbewegung entgegengeworfen. Doch die Einflüsse in die Agrarfrage

heißt langjam, das zeigte der Stuttgarter Parteitag, der es abgelehnt, schon im nächsten Jahre ein Aktionsprogramm für diese Frage zu behandeln. Auf diese Weise kann der Parteiprozess nur gefördert werden. Redner bespricht sodann die Verhältnisse der hiesigen Arbeiterbewegung. Er bemerkt hierbei, auf unser Verhältnis zum Reich hinweisend, er halte es gegenüber den von Berlin ausgehenden Sozialreformern für notwendig, das föderative Element, die relative Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu betonen; diese Föderation dränge sich auf, angesichts der in Deutschland herrschenden Verhältnisse. Preußen sei der Ort aller reaktionären Mächte und rufe fortgesetzt Gefahren für die politische und soziale Entwicklung des Volkes hervor. Man dürfe den ohnehin schon mächtigen Berliner Absolutismus nicht stärken, sondern müsse vielmehr die Widerstandsfähigkeit der Bundesstaaten steigern, um sich ihrer im freihändlerischen Interesse zu bedienen. Diese Maxime unserer Politik, die nicht immer in der eigenen Partei genügend verstanden worden seien, schienen jetzt besser gewürdigt zu werden, weil Genosse Sinner in Stuttgart, ohne Widerspruch des Parteitag, ein einheitliches Vereinsgesetz bekämpfte, das nur das ganze Reich unter die preussische Polizeiherrschaft bringen ließe und der Partikularismus heute der letzte Schutz gegen die Anhebung der Volkswirtschaft sei. Wir werden in dieser Politik fortfahren, nicht im Interesse des bayerischen, sondern des ganzen deutschen Volkes.

In seinen Schlussbemerkungen berührt Redner die bekannte Trostbotschaft mit dem Judenhausegebet und betont die Tatsache, daß die Lage sich immer mehr zuspitzt, immer bedrohlicher werde und uns noch härtere Kämpfe als bisher in Aussicht stehen. Demgegenüber bedürfte es aller Sinnesgebung, Kampfgewandtheit und fähigen Willens, um als Sieger hervorzugehen. Deshalb hätten wir etwas Wichtigeres zu thun, als einigen theoretischen Feindschmähern zuliebe uns mit weinenden Diskussionen über die Taktik zu befassen, für die in der Masse der Genossen keinerlei Bedürfnis vorhanden sei. Genossenschaftliche in der Partei über verschiedene Fragen verschiedene Meinungen, aber daß sie nur ein Zeichen von Leben; mehr das andere, so würde das nur ein Zeichen der Verhöhnung sein. Aber wenn sich um die fortschreitende Taktik, den Kampf gegen den Feind, gehandelt hat, da sind wir noch immer einig gewesen und werden es auch in Zukunft sein. Für die bayerischen Genossen bedarf diese Frage keiner langen Auseinandersetzungen, das hat sich in Stuttgart gezeigt, wo sich die bayerischen Delegierten, mit Ausnahme meiner Person, an den Debatten gar nicht beteiligten. Auf dem Wege, den wir bisher eingeschlagen, gehen wir weiter, nur auf diesem Wege kann etwas erreicht werden. (Beifall.)

Die Nachmittagsagung wird durch die Diskussion über den 1. Punkt angefaßt.

Rath-Künder wünscht, daß immer wieder im Landtage die Forderung auf wirksamere Befestigung der Baukontrollen zu stellen sei. Dieser Antrag wird der Fraktion zur Würdigung überwiesen.

Der Münchener Antrag: Daß bis spätestens 1. Februar n. J. eine Broschüre herausgegeben werde, in der in leichtfaßlicher Weise dargestellt ist: 1. Die Tätigkeit der Fraktion in der letzten Landtags-session, sowie eine Kritik der gegnerischen Parteien; 2. ein geschichtlicher Abriss über den Landtag und das Landtagswahlgesetz mit den notwendigen Erläuterungen, wird von Maurer-Künder begründet. Redner stellt sich die Sache als eine Art Handbuch für die bayerische Sozialdemokratie vor, das als agitatorisches Werkzeug brauchbar werden soll. Es müsse bis spätestens 1. Februar fertig gestellt werden, um noch für die Landtagswahlperiode verwendet werden zu können.

Genosse Sinner teilt mit, daß etwas Nächstliches schon beschlossen sei; es genüge jedoch, wenn es bis Mitte März erscheine, da ja ohnehin für die Agitation zur Landtagswahl ein Flugblatt herausgegeben werde.

Klement-Kaiserlaumert hält an dem Termin fest, da man die Broschüre zum Studium der Landtagswahllegislation dringend bedürfe, während Cerial-Künder empfiehlt, den Vorschlag Kollmars anzunehmen. Auch Müller-Künder glaubt, daß die Münchener Antragsteller sich diesem Vorschlag anschließen können, und regt an, in der Broschüre müßten auch allgemeine statistische Daten über die ökonomischen Zustände Bayerns gebracht werden.

Hierauf wird das Amendement Kollmars angenommen und dann in die allgemeine Diskussion eingetreten, wobei Kollmar-Künder eine Beschränkung der Eisenbahn- und Werkstättenarbeiter bezüglich Handhabung des § 24 ihres Krankentistenstatus zur Kenntnis bringt und die Fraktion ersucht, bei der Beratung des Eisenbahngesetzes auf Abhilfe zu dringen.

Stücken-Hof bemängelt, daß die Fraktion die oberständlichen Zustimmungsverhältnisse im Landtag nicht gehörig kritisiert habe, worauf Cerial-Künder entgegen, Stücke hätte sein Material direkt an die Fraktion einleihen sollen.

Reidel-Künder bringt die Abstimmung der Fraktion für die Einführung der Besigungsveränderungssteuer zur Sprache und fragt an, welche Gründe hierfür maßgebend gewesen seien.

Müller-Künder erklärt diese Abstimmung für vollkommen richtig, da die Besigungsveränderungssteuer nicht etwa eine indirekte Steuer sei, sondern nur die Grundbesitzverhältnisse treffen solle.

Gisinger-Künder betrachtet die Steuer auch als eine indirekte, die zu befürworten kein Sozialdemokrat Anlass habe. Der gleichen Ansicht sind noch verschiedene Redner; andere legen ihr nicht so großes Gewicht bei.

Ehrhart-Künder geht auf die einzelnen Ausführungen der Diskussionsredner ein und verteidigt den Standpunkt der Fraktion bezüglich der Besigungsveränderungssteuer. Bezüglich der Beteiligung an den Wahlen bemerkt Redner, es seien überall, wo nur irgend Aussicht sei, Wahlmänner durchzubringen, solche anzustellen. Bezüglich der Kompromisse wolle man nichts festlegen, sondern volle Bewegungsfreiheit lassen. Aufgaben der lokalen Organisationen sei es, jetzt schon mit der Arbeit an den Wahlen zu beginnen.

Sollmar-Künder empfiehlt ebenfalls Beteiligung an der Wahl mit allen Kräften. Wenn mehrere Wahlmänner in einem Kreise den Ausschlag geben zwischen zwei Reaktionen, von denen einer nach Berlin oder Parteitheilnahme vorzugehen sei, müsse man Bewegungsfreiheit haben, deshalb sei er der gleichen Ansicht wie Ehrhart. Die Besigungsveränderungssteuer-Frage betreffend bemerkt Redner, die Diskussion habe ihm gezeigt, daß wir in dieser Hinsicht eigentlich sehr wenig Differenzpunkte hätten. Sie habe ihren Ausgangspunkt von den großstädtlichen Mietsprettationen genommen, die damit getroffen werden sollten. Dazu komme noch, daß die Gemeinden mit Laken überbürdet werden, für die die Mittel aufzubringen seien. Wenn man die Lebensmittelaufgaben, die doch meist die kleinen treffen, beilegen wolle, müsse man den Gemeinden auch ein Anzeuolent bieten.

Hierauf gelangt eine Resolution zur Annahme, in der der Parteitag sein Einverständnis mit der parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion erklärt und ihr die vollste Anerkennung ausdrückt. Ferner verlangt die Resolution, daß möglichst bald in die Agitation an den Wahlen eingetreten werden soll; den in Bayern lebenden nichtbayerischen Genossen

wird es zur Pflicht gemacht, sich durch Erwerbung der bayerischen Staatsangehörigkeit des Wahlrecht zu sichern. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Parteileitung referiert Genosse Sinner; wir berichten morgen darüber.

### Gerichts-Zeitung.

#### Landgericht.

Ein renitenten Mensch erscheint in der Person des 1863 in Schlesien geborenen Marmorbleiers Jakob Hoffart auf der Anklagebank. Hoffart, der arbeitslos war, hatte am 22. August d. J. sich demüthigt, in einigen Gefäßchen seiner Brande Arbeit zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit will er von seinen Kollegen in den einzelnen Gefäßchen mit Schnaps bereitet worden sein, was zur Folge hatte, daß er am Schiffe seiner Tour nicht mehr mitsteigen war. In diesem Zustande soll er sich nun demontieren haben, daß er arretiert und zur Polizeihauptwache gebracht wurde. Bei der Ueberführung in keine Rolle hat der Angeklagte ganz erheblichen Widerstand geleistet. In der Verhandlung sind 4 Genossen, 1 Wohnungsauflöser und 1 Genossenschaftsmitglied als Zeugen geladen. Der Angeklagte zeigte sich bei seiner Ueberführung in der Zelle demüthig, daß die 4 Genossen alle Hände voll zu thun hatten, ihn bemaßigen zu können. Bei dieser Gelegenheit sind einem Genossen 5 Jahre von dem Angeklagten losgeschlagen worden, doch behauptet auch der Angeklagte, von dem Beamten demüthig geschlagen worden zu sein, daß er noch heute die Folgen davon spüre. In der Zelle hat Hoffart sein renitentem Benehmen fortgesetzt, so daß er gefesselt werden mußte. Nach Auslagen der Zeugen hat der Angeklagte selbst in gefesselterem Zustande noch bis zum anderen Morgen in seiner Zelle gesessen. Mit Rücksicht darauf, daß Hoffart bereits wegen ähnlicher Verbrechen verurtheilt ist, werden ihm inhaftiert 1 Jahr und 2 Wochen Haft zurkannt.

Eine traurige Jugend. Der 1883 in Schönbach geborene Paul Walter Sidam ist trotz seiner großen Jugend schon wiederholt mit dem Diebstahl in Konflikt geraten und wegen Betrugs und Betrugs verurtheilt. Der Vater des Angeklagten verfuhr gegenwärtig in Walthausen eine 1 1/2-jährige Judenschmiede. Sidam ist in vier verschiedenen Orten in die Schule gegangen und bereits Kohlen-, Glasarbeiter, Anrecht und Fahrlehrer gewesen. Die Anklage legt Sidam einen schweren und einen einfachen Diebstahl zur Last. Im ersten Falle hat er seiner Mutter, nachdem er durch das Fenster in die Stube gedrungen ist, 10 Mk. und ein weißes Mal 9 Mk. 95 Pf. aus einer Jackenbörse gestohlen. Die Mutter selbst hat wegen heider Diebstähle Strafantrag gestellt. Sidam wird auf 10 Monate nach Sachsendorf geschickt. Ob diese neue, ziemlich hohe Strafe den jungen Menschen bessern, ihn vor dem Zuchthaus bewahren wird? Wir glauben es nicht.

### Meinungsbeleidigungsgesetz gegen den Herausgeber der „Zukunft“.

Maximilian Gorden. Vor dem Berliner Landgericht wurde am Montag gegen den bekannten Schriftsteller Gorden verhandelt, weil er durch vier in der „Zukunft“ veröffentlichte Artikel den Kaiser beleidigt haben soll. Es handelt sich um die Artikel in Nr. 38 mit der Ueberschrift „Fudal-Rassent“, „An den Kaiser“, „Der Wahrheit Mache“ und „Grosstäteres Uth“. Die Verhandlung wird teilweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Gorden stellt sich in den unter Anklage gestellten Artikeln auf den Standpunkt, daß der Kaiser schlecht beraten sei, daß er durch byzantinische Schmeichelei irre geführt werde und daß er sich blenden lasse durch den patriotischen Lärm bei seinen Feinden und Heiden. Die Artikel enden alle in Warnungsrufen zur Ueberfahrt. Gorden meint, daß durch die Entlassung Bismarcks der größte Fehler begangen worden sei, er bekämpfe daher die Nachfolger Bismarcks und verlangte dessen Zurückberufung. In den Artikeln ist der schwankende Kurs der jetzigen Regierung mitunter scharf angepielt, aber Meinungsbeleidigungen kommen wir mit dem besten Willen nicht entdecken. Nicht mag das auch der Staatsanwalt nicht geworden sein, denn man hat sich nicht darauf beschränkt, gewisse Ausdrücke und Sätze unter Anklage zu stellen. Der Staatsanwalt hat als Beweisstücke Gorden's Artikel aus früherer Zeit — bis 1891 zurück — herangezogen, aus denen die majestätsbeleidigende Gesinnung Gorden's erwiesen werden soll.

### Versammlungen.

Am hiesigen Verein für Gesundheitspflege und arzneilose Heilweise hielt am Freitag den 28. d. M. Herr Oberst a. D. Spohl aus Gießen einen Vortrag über die akuten Ausfallkrankheiten: Mädel, Mädel, Scharlach und Pocken, und deren naturgemäße Behandlung und Heilung. Der geschätzte Redner ging davon aus, daß alle diese Krankheiten früher unter einem einzigen Sammelnamen, und zwar unter dem Namen „Pocken“, bekannt waren. Erst in späteren Jahren fing man an, dieselben nach der Verschiedenheit des Ausfalles, welchen sie zeigten, mit verschiedenen Namen zu belegen. Unglücklicherweise fiel dies gerade mit dem Zeitpunkte zusammen, als die „Amerikanische Impfung“ aufkam, auf dem Kontinent bekannt zu werden und sich auszubreiten. Kein Wunder, wenn dann die durch Trennung der Pocken in verschiedene Unterabteilungen von selbst bedingte Vermehrung der neu eingeführten Schutzimpfung zu Gunsten gerechnet wurde, was jedoch mit der Wirklichkeit gar nicht übereinstimmte. Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam der Redner dann auf die eigentlichen Ursachen und die naturgemäße Behandlung dieser Krankheiten zu sprechen. Als Entstehungsurachen bezeichnete derselbe in der Hauptache das Einatmen von verdorbener Luft in Räumen, wo viel Menschen zusammengebrängt leben müssen, oder wo Kloaken, Urin- und sonstige unrichtige Dünste die Luft verunreinigen. Durch die Entstehungsurache ist auch der Umlauf begründet, daß Mädel, Scharlach u. s. w. stets Komplikationen mit anderen, namentlich Hautkrankheiten, eingehen, weil eben Lunge und Hals zuerst davon betroffen werden, und alle diese Krankheiten nichts anderes darstellen, als das Forttreiben des Organismus, die schlechten, giftigen Stoffe durch die Haut nach außen zu befördern. Daß die Heilung aller dieser Krankheiten, insbesondere auch der Pocken, durch die Hill'sche oder die Naturheilmethoden sicher möglich ist, haben die Heilfälle 1896 und 1870/71, wo die aufstrebenden Pocken auf zweierlei Art behandelt wurden, zur Genüge bewiesen. In demjenigen Abtheilungen, welche nach den Befehlen der Naturheilmethoden behandelt, kamen keine Sterbefälle vor, während bei den übrigen circa 40 Proz. der Pockenkranken starben. Die Behandlung besteht in der Hauptache darin, daß die in den Organismus eingebrachten Giftstoffe durch Umschläge, Einpackungen u. s. w. zur Ausscheidung gebracht werden. Keine Luft bei Tag und Nacht ist natürlich von ganz besonderer Wichtigkeit, weil die Krankheiten ja durch verdorbene Luft entstanden sind. Der Redner erzielte reichlichen Beifall für seine hochinteressanten Ausführungen.

Maurer. Eine ziemlich gut besuchte öffentliche Maurerverammlung tagte am 26. Oktober im großen Saale des „Atrium“. Genosse Wittich, der über die Gesellenverbände im Mittelalter sprach, wurde durch Familienverhältnisse am Erscheinen verhindert. An dessen Stelle nahm Kollege Friedrich das Wort und sprach in sehr ausführlicher Weise die Entstehung und Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, ging dann näher auf die Zustände des Handwerks in der Maurergewerbe, ein und zeigte, wie dieselben schon damals in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertum lagen, wenn es galt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Auch die Behörden damaliger Zeit standen auf der Seite der Unternehmer und verbotenen durch verschiedene Mittel, die Gesellenverbände an Ausbreitung zu verhindern, bis die selben anfangs des 19. Jahrhunderts ganz verboten wurden. Nun kam Redner auf die durch Vorfälle ins Leben gerufene moderne Arbeiterbewegung zu sprechen und forderte zum Schluß die Anwesenenden, freitrag für einen Zentralverband zu agitieren, so daß auch wir den uns im nächsten Jahre von dem Unternehmertum und der Regierung zugeordneten Maßnahmen erfolgreich entgegenzutreten können. Hierauf erklärte der Vertrauensmann den Kassenbericht, welcher sich folgendermaßen gestaltete:

Einnahme:	
Kassenbestand vom 2. Quartal	16333.59 Mk.
500 Eintrittsmarken	50.00
22 010 Beitragsmarten	4402.00
6.81 do.	102.15
2188 Grundlohnmarken	547.00
12 154 Streifbonsmarten	4861.66
11 894 do.	3568.20
292 do.	292.00
257 do.	128.50
20 do.	4.00
20 do.	2.00
225 Brotschüren	66.50
Sonstige Einnahmen	230.82
Summa 30701.96 Mk.	

Ausgabe:	
An die Hauptkasse abgehandelt für Eintritts- und Beitragsmarten	416.25 Mk.
den Streifbonsmarten	4500.00
Unterstützung nach § 1, Absatz 2 des Statuts	47.50
Neubausch	41.00
Agitation	478.79
Postverrechnung	961.00
„Grundlohn“-Konto	366.97
Au andere Gewerkschaften	1900.00
Verwaltung	325.00
Kartell	75.00
Postschaden	192.25
Porto und Schreibmaterial	496.63
Sonstige Ausgaben	31.00
Summa 13187.33 Mk.	

Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 17513.63 Mk.

Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, wozu der Vertrauensmann Friedrich's Bedenke erhebt wurde. Beim Punkt „Gewerkschaften“ befragte der Kollege Horter das Juridische der Marken-Einnahme in diesem Quartal. Er führte aus, daß die nachlässige Bücher- und Kassenkontrolle auf den Wahlen zum welche er in Zukunft etwas energischer durchgeführt wünscht. Sodann wurden die Kollegen noch auf die Unternehmung Müller, Ullmann's und Richter, Schumann's, aufmerksam gemacht, mit welchen die Maurer in Verhandlungen stehen. Im weiteren wurde noch die Beiratsfrage diskutiert. Kollege Friedrich war für eine Gründung von 10 bis 20 Wahlen, während der Kollege Horter für die Berücksichtigung der bestehenden Beitragsformen eintrat.

An den Mitgliedern liegt es nun, diese Vorschläge auf der Wahlen und bei anderen Gelegenheiten, wo sie mit den Kollegen zusammenkommen, sachlich zu besprechen, damit sie auch über die Meinung fundieren, in welcher Weise die vom Hauptvorstand an geschlossene Frage auf dem nächsten Frühjahr stattfindenden Verbandstage geregelt werden soll.

Nachdem noch der vom Vertrauensmann gestellte Antrag, den Hauptvorstand 200 Mk. zu übermitteln, einstimmig Annahme gefunden hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Banken. Die am Freitag den 28. Okt. in der „Weißballe“ stattgehabene Parteiversammlung nahm den Bericht des Delegierten vom Parteitage, Genossen Postel, entgegen. Seine Ausführungen, zu seine Zustimmung den einzelnen Punkten gegenüber, fanden einmütigen Beifall der Versammlung, was auch in einer Resolution zum Ausdruck kam. Der Protokollmensch überwies wurde die Verberichtigung des 10ten erschienenen wöchentlichen Propagandablattes „Der arme Teufel“. Das Blatt wurde von Genossen Postel und Sirtius warm empfohlen. Bei Punkt 3, Parteiangelegenheiten, teilte der Vertrauensmann, Genosse Schobel mit, daß er keinen Bericht noch nicht fertig habe und mußte deshalb die Ernennung eines Vertrauensmannes vorschlagen. Nachdem Genosse Kraut mitgeteilt, daß am Sonnabend den 5. November die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfindet mit dem Vortrag des Genossen Schulze, wird die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wohnen. Am Sonntag den 30. Oktober fand in der „Zentralhalle“ eine öffentliche Protestversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Fischer über die „Nachschaufrage“ referierte. Die Versammlung war von 200 Personen besucht, dieselben schloßen dem Referenten reichen Beifall für seine Ausführungen. In der Debatte sprach noch Genosse Karl aus Dresden, welcher zufällig in Lössau war. Er zeigte den Anwesenden in wenig Worten, wie notwendig es sei, sich zu organisieren. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende, Genosse Böhm, noch auf den „Armen Kampf“ aufmerksam.

Wetterbericht vom 2. November, mittags.  
Barometer: 752. — Veränderlich.  
Thermometer: + 8°. Minimum + 6°. Maximum + 11°.  
Feuchtigkeit der Luft: Hygrometer 100%.  
Wasserstand der Elbe: 122 Zentimeter unter Null.

## !! Achtung !!

# Einwohner Plauens.

Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen im Gemeindeamte vom 2. bis 19. November zur Einsichtnahme aus. Die Einwohner werden ersucht, nachzusehen, ob sie in der Wählerliste stehen; wenn dies nicht möglich, wird gebeten, seine Adresse bei Hrn. Rothe, Faldstraße Nr. 12, niederzulegen.

## Gewerkschafts-Kartell Pirna.

Am 5. und 6. November 1898

# VORTRÄGE

des Privatgelehrten Herrn Wempe, Oldenburg

### neuesten Ergebnisse der elektrischen Forschung im Saale des „Carolabad“ zu Pirna.

1. Vortrag (Sonabend den 5. November), abends 8 Uhr: „Die Forschungen von Arch. Tesla und Hertz (in ihrer ganzen Entwicklung dargestellt).“
2. Vortrag (Sonntag den 6. November), nachmittags 2 Uhr: „Elektrische Wellen und Strahlung optische Analogie; elektrische Strahlung und Telegraphie ohne Draht.“

Eintrittskarten sind bei den einzelnen Gewerkschaftsvereinen zu haben. Es wird höflich gebeten, pünktlich anzuwachen zu sein, um Störungen zu vermeiden.

# Unterhaltungsteil.

## Meine Reise um die Welt.

Von Mark Twain.  
(Fortsetzung.)

Der Gedanke, welcher bei einem Parthenbegräbnis allen Betrachtenden zu Grunde liegt, ist die Reinheit. Nach den Lehren der Jerosolimiten sind die Elemente Erde, Feuer und Wasser geheiligt und dürfen nicht durch Verührung eines Leichnams besudelt werden. Daher kann man die Toten weder verbrennen noch begraben, auch nicht unterjagen, eine Leiche zu berühren oder den Turm zu betreten, in dem sie liegt. Nur den von Amtswegen dazu bestimmten Männern wird dies gestattet; sie erhalten hohen Lohn, werden jedoch ein einfaches, trübseliges Leben, denn sie müssen allen Umgang mit anderen Menschen meiden, weil sie sich durch ihren Verkehr mit den Toten verunreinigen; wer sich zu ihnen gesellt, wird gleichfalls besudelt. Bei ihrer Rückkehr aus dem Turm wechseln sie die Kleider in einem innerhalb der Thore gelegenen, besonders bestimmten Gebäude. Den Flug, welchen sie getragen haben, lassen sie dort zurück, denn er ist unrein und darf nicht mit hinausgenommen, noch überhaupt wieder benutzt werden. Zu jedem Begräbnis kommen die Träger in neuen Kleidern. Kein menschliches Wesen, außer den angefertigten Leichen-trägern, hat je einen Turm des Schweigens nach dessen Einweihung betreten, bis auf einen einzigen Fall. Es ist jetzt gerade hundert Jahre her, da drang einmal ein Europäer hinter den Trägern ins Innere des Turmes, um seine rohe Neugier an dem verbotenen Anblick des geheimnisvollen Ortes zu sättigen. Name und Stand des fremden Eindringlings sind unbekannt geblieben; da er jedoch für sein schweres Vergehen keine andere Strafe leitens der Regierung der Dübühischen Herrscher erhalten hat, als einen öffentlichen Verweis, so liegt die Vermutung nahe, daß es ein Europäer aus angesehener Familie war. In dem amtlichen Schreiben, welches jene heiterliche Klage enthält, wurde zugleich jebem, der sich künftig einer ähnlichen Verletzung schuldig machte, angekündigt, man werde ihn, falls er im Dienst der Krone in die Fremde entsandt, Mitglieds der Kaufmannschaft dazugegen sollen ihre Handelsberechtigung verlieren und aus Indien verbannt werden.

Die Türme des Schweigens sind im Verhältnis zu ihrem Umfang nicht hoch. Will man sich einen ungefähren Begriff von ihrer Form machen, so stelle man sich einen Gajometer vor, der bis zur Hälfte seiner Höhe mit feinen Granitsteinen ausgemauert ist, durch welche man in der Mitte einen breiten und tiefen Schacht gehend hat. Ringsum auf dem Mauerwerk liegen die Toten in flachen, rinnenartigen Vertiefungen, welche wie die Speichen eines Rades in schräger Richtung nach dem Brunnen zu auslaufen und am Regenwasser zuführen, das durch unterirdische Stauden im Hofe wieder abgeleitet wird. Hat das Skelet einen Monat lang, dem Regen und der ständigen Sonne ausgesetzt, im Turm gelegen, so ist es vollkommen trocken und rein. Dann kommen dieselben Träger herab und bringen es wieder, sohen es mit einer Jange an und werfen es in den Schacht, wo es in Staub zerfällt. Andere Völker stellen ihre Toten von einander und bewahren die Standesunterschiede noch im Grabe. Sie bestatten die Leichen von Königen, Staatsmännern, Generalen, in Tempeln und Pantheons, wie es ihrem Range gebührt, und die Leichen der Armen und gemeinen Leute an Orten, die ihrem niederen Stande angemessen sind. Die Parthen glauben, daß im Tode alle Leichen gleich sind. Zum Zeichen ihrer Armut trägt man die Toten in die Grube, zum Zeichen ihrer Gleichheit wirft man sie in die Grube der Reichen, der Armen, der Berühmten und der Unbekannten zusammen in denselben Brunnen. Bei einem Parthenbegräbnis sieht man keine Bagen; wer sich daran beteiligt, ist er reich oder arm, muß zu Fuß gehen, mag die Entfernung auch noch so groß sein. Seitdem die Parthen vor zweihundert Jahren, durch die mohammedanischen Eroberer vertrieben, aus Indien nach jener Gegend Indiens eingewandert sind, hat sich dort die fünf vorhandenen Türme des Schweigens der Stadt ihrer Männer, Frauen und Kinder vermehrt, die in Bombay und dessen Umgegend gestorben sind.

Was der Hund bei dem Begräbnis bedeutet, weiß jetzt niemand mehr recht zu erklären; er soll bei den alten Parthen ein heiliges Tier gewesen sein, das die abgestorbenen Seelen zum Himmel geleitete. Der Hund, den ich damals sah, machte mit einem tiefen Einrud, er war ja ein Rästel, zu dem der Schüssel verloren gegangen ist. Traurig und mit gesenktem Kopf kam er daher, als sei er bemüht, sich das Sinnbild und die Erinnerung zurückzurufen, welches vorzustellen man ihn vor grauen Jahren beauftragt hatte. Das heilige Feuer, das in der Nähe brennt, besam ich nicht zu sehen; die ursprüngliche Flamme soll seit zweihundert Jahren nicht erloschen sein.

Die Parthen behaupten, daß ihre Art der Totenbestattung der vollkommensten Schutz für die Lebenden ist. Weber Krankheiten, die noch rätselhaft, noch irgend welche Unreinigkeit wird dadurch verbreitet; keine Galle, kein Fleckungsstich, das dem Toten anhängt, darf wieder mit einem Lebenden in Verührung kommen. Nichts geht von den Türmen des Schweigens aus, was der Welt draußen Schaden zu bringen vermöchte. Wir können den Parthen nur recht geben. In gesundheitlicher Beziehung hat ihr System dieselben Vorzüge wie die Leichenbestattung. Wir nähern uns jetzt langsam aber sicher dieser Bestattungsart. Daß sich die Wandlung rasch vollziehen wird, kann man nicht erwarten, aber wenn sie nur allmählich und stetig fortschreitet, so genügt das vollständig. Ist die Leichenbestattung erst einmal zur allgemeinen Regel geworden, so wird auch die Grube davor verschwinden; auch die Toten zu begraben werden uns Schauer erregen, wenn wir uns vergegenwärtigen können, was im Grabe vorgeht.

Die Parthen sind eine merkwürdige Volksgemeinde. In Bombay leben etwa 60 000 und halb so viel im übrigen Indien, aber was ihnen an Zahl abgeht, ersetzen sie durch ihre Bildung. Sie sind hochgebildet, thätig, unternehmend, sehr dem Fortschritt halbigend, und nicht einmal die Juden zeigen sich so freigebig und wohlthätig gegen jedermann ohne Unterschied. Viele Hospitäler für Menschen und Tiere sind von den Parthen erbaut und mit reichen Geldmitteln ausgestattet worden. Sie sowohl als ihre Frauen haben eine stets offene Hand, wo es sich um irgend einen großen und guten Zweck handelt. In politischer Hinsicht bilden sie eine Macht, welche der Regierung wesentliche Unterstützung gewährt. Die Lehren ihrer

Religion sind rein und erhaben, sie halten unerbürdlich an ihnen fest und richten ihr ganzes Leben danach ein.

Ehe wir den Garten der Türme des Schweigens verließen, warfen wir noch einen Blick auf die wundervolle Aussicht, welche Ebene, Stadt und Meer uns boten. Das letzte, was mir dort ins Auge fiel, war ein natürliches Steinbild des Todes; auf einem freien Platz im Garten sah ein Geier auf dem abgestügten Stumpf eines hohen, schlanken Palmbaums. Er verharrte regungslos in seiner Stellung, wie ein Steinbild auf der Säule; dabei hatte er einen förmlichen Grabesblick, der ganz zu der Stimmung des Ortes paßte.

Zunächst wurden wir von Bekannten nach einem Tschain-Tempel mitgenommen; er war nicht groß und mit vielen flatternden Wimpeln geschmückt; die an Flaggenstangen befestigt sind; auf den Jannas des Daches stehen ringsum eine Unmenge kleiner Götzenbilder. In der Mitte des inneren Raumes saß ein einziger Tschain laut seine Gebete her und ließ sich durch unsere

Gegenwart in keiner Weise stören. Seine Andacht galt einem kleinen, sitzenden, rotig gefärbten Götzen, der sich etwa zwölf Fuß vor ihm befand und einer schlecht geformten Wassigur gleich. Mr. Gandhi, der dem Kongreß der Weltreligionen in Chicago als Abgeordneter beigewohnt hat, setzte uns die Lehren der Tschaina in trefflichem Englisch auseinander, aber was er sagte, ist meinem Gedächtnis entschwunden. Ich weiß nur noch, daß sich ihre religiösen Vorstellungen in erhabener Form ausprechen und grobe Sinnlichkeit ihnen fremd ist. Wie sich das mit der Anbetung des rohen Götzenbildes vereinbaren läßt, kann ich nicht erklären. Vermutlich stellt dieses ein Wesen dar, das nach vielhundertjährigen Seelenwanderungen, bei stetiger Zunahme an Frömmigkeit und Tugend, zuletzt zu einem Heiligen, einer Art Gottheit geworden ist, welche die Anbetung stellvertretend entgegennimmt, um sie der Himmelsbehörde zu übermitteln. So deutet ich es mir wenigstens.

(Fortsetzung folgt.)

## Ueber Pest-Bazillen.

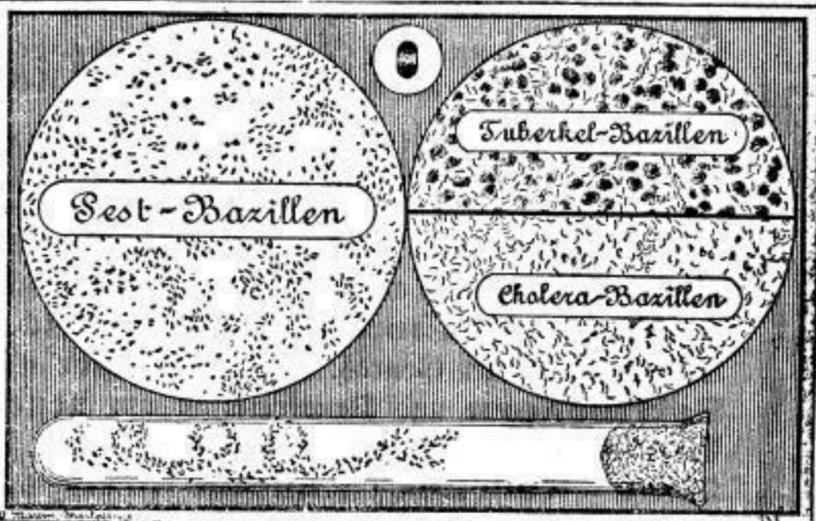
Die alarmierende Nachricht von dem Auftreten von Pestfällen im Wiener Krankenhaus hat die Aufmerksamkeit auf die bakteriologischen Untersuchungen gelenkt, und das Interesse an letzteren ist ein bleibendes, dabei gegenwärtig noch besonders erhöht. Um so mehr, als die Pest auch in anderen Bezirken, jüngster Meldung zufolge auch im asiatischen Ausland, australien, und hervorzuheben möchte die Möglichkeit einer Weiterverbreitung nicht in Abrede stellen.

Unkern bestehende Zeichnung, die dem Keim die Art der bakteriologischen Untersuchung veranschaulicht, hat daher ein dauerndes Interesse.

Die Pest wird, wie so viele Krankheiten, die mit dem Namen Infektionskrankheiten bezeichnet werden, durch kleinste Gelebewesen, die Bazillen, übertragen. Es sind dies sehr niedrig organisierte Bilze, deren Entwicklungszustände je nach dem Nährboden verschiedene Formen annehmen. Die Wissenschaft nennt die kurzstäbigen Bazillen, die langstäbigen Bazillen. Solche Organismen sind mit freiem Auge nicht wahrnehmbar, denn die feinsten, die Mikroskopien zeigen, erreichen einen Durchmesser von 5 Zehntausendstel Millimeter bis 12 Zehntausendstel Millimeter, die Bakterien sind 2 bis 3 Zehntausendstel Millimeter lang. Die ersten Bakterien fand Kühn, den Ehlig, durch den Alkohol in Essig verwandelt wird; den Bazillus als Krankheitserreger entdeckte der erst kürzlich verlebte Breslauer Professor Cohn, den Milchbrandpilz der Rinder, der auch die Übertragung auf andere Tiere versuchte. Sodann kam Koch, der den Tuberkel- und Cholera-Bazillen entdeckte. Erst vor zwei Jahren wurde der eigentliche Erreger der Pest von zwei Ärzten in Hongkong entdeckt.

In unserer beistehenden Zeichnung stellen wir Abbilder von drei verschiedenen Bazillenarten dar, links die Pestbazillen in 1000facher Vergrößerung, in dem Kreise rechts in der oberen Hälfte die Tuberkelbazillen, welche die Lungenentzündung hervorrufen, in der unteren Kreishälfte die Cholera-Bazillen.

Der Pestbazillus ist ein kleines, an den Enden abgerundetes gerades Stäbchen. Charakteristisch für ihn ist, daß bei Zulage einer Farblösung (Methylenblau) sich die Enden meistens färbt, während die Mitte des Keimes körperl. Der Pestbazillus ist also im mikro-



skopischen Bilde leicht zu erkennen. Wo er nachgewiesen wird, liegt unabweislich eine Gefährdung an Pest vor. Das Aussehen eines solchen gefärbten Bazillus giebt in bedeutender Vergrößerung die Zeichnung in dem kleinen Kreise in der oberen Abteilung wieder.

Um eine genauere Beobachtung der Bazillen zu ermöglichen, stellt man Kulturen derselben her, d. h. man verpflanz sie unter den gegebenen Vorichtsmaßnahmen auf einen Nährboden (Gelatine), in dem sie sich rasch entwickeln. Eine solche Reinkultur in einem, durch ein antiseptisches Bauelement gegen Verunreinigung abgeschlossenen länglichen Glasgefäße, einem sogenannten Reagenzglaschen, stellt unsere Zeichnung in ihrem unteren Teile dar. In diesem Glaschen kann man die Reinkulturen längere Zeit aufbewahren.

Die Kreisfläche rechts giebt deutlich den Unterschied der verschiedenen hier dargestellten Bakterien wieder. Die die Tuberkelbazillen trennenden feineren strahligen Körnerchen stellen Gewebeteile dar, die zum Unterschied von den eigentlichen Bazillen durch besondere Behandlungsgänge anders gefärbt sind wie jene.

## Neues aus aller Welt.

**Zu den Wiener Pestfällen.** Am Montag wurde auch die allgemeine Sperrung des Franz-Josef-Spitals, worin die Pestkranken Dr. Waller und die Wärtlerin Pecha starben, aufgehoben, und der Parteienverkehr wieder aufgenommen. Das Zimmer der Pecha wurde gründlich desinfiziert, die Bettwäsche, nachdem sie einige Stunden in heißem Wasser gelegen, verbrannt. Der behandelnde Arzt Dr. Pösch, ferner die Nonne, der die Pflege der Pecha anvertraut war, bleiben noch streng abgeschlossen. Die Anstreckungsfrist beider, deren Befinden übrigens befriedigend ist, beginnt vom Sterbetage der Pecha an.

**Die Pestkrankungen in der Stadt Bombay** haben nach dem letzten Wochenbericht dauernd abgenommen. Es sind dort 96 Todesfälle gegen 116 in der vorigen Woche vorgekommen. Nahezu 5000 Todesfälle traten jedoch in den Distrikten der Präsidentschaft Bombay ein. Die Epidemie nimmt zu im Staate Mysore. Aus Bangalore werden 400 Todesfälle gemeldet. Oberindien ist fast ganz frei.

**Der Pestbeamte Talsibar Sumbatja** ist in Hindupur, an der Grenze von Madras und Mysore, in Ausübung seiner Pflicht vom Pöbel gesteinigt worden.

**Sittliche Staatsstrafen.** Der Schuhmann Hoffschmidt in Hannover wurde wegen dringenden Verdachts des Sittlichkeitsverbrechens an Kindern unter 14 Jahren verhaftet. — Unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte am Montag das Münchener Landgericht gegen den 35-jährigen verheirateten Staatsanwalt Max Schulz von Duisburg wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis, das Gericht erkannte auf 50 M. Geldstrafe.

**Durch eine Ohrfeige getötet.** Im Streit gab bei einem Tanzergnügen der Reserveunteroffizier Kuhn dem Train in Sachwitz dem Musikdirigenten Bänisch eine derartige Ohrfeige, daß B. sofort tot zur Erde fiel. Kuhn wurde verhaftet.

**Berschollen** ist der von Swansea nach Rotterdam abgegangene Dampfer „City of Bristol“. Es wird berichtet, daß das Schiff mit der gesamten Besatzung, 24 Mann, untergegangen ist.

**Auf dem Krabben des Gebäudes** der königlichen Eisenbahndirektion in Rassel stürzten infolge eines Gerüstzusammenbruchs mehrere Bauarbeiter aus dem dritten Stockwerk in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei erlitten doppelte Arm- und Beinbrüche und liegen auf den Tod darnieber.

## Geistes.

Was ist der Gipfel der Unverfrorenheit? — In einem Schirm-laden warten, bis es aufgehört hat zu regnen.  
(Il motto per ridere.)

**Der kleine Karl:** Mama, darf mich der Lehrer strafen für das, was ich nicht tue?  
**Mutter:** Nein, mein Kind.  
**Karl:** Dann brauche ich auch meine Rechenaufgabe nicht zu machen.

**Unangenehm.** „Mein Mann schmeißt so arg, daß er immer wieder aufwacht und fragt, wer einen solchen Nöckelverfälscher macht!“  
**Geistl. Professor:** „Das ist die Folge davon, Herr Kandidat, daß es auf dem Monde kein Wasser giebt.“  
**Säffel:** „Das es auch kein Bier dort giebt.“

**Motivierung.** Kadett: „Hören Sie mal, warum verlangen Sie denn von mir für's Rasieren um 20 Pfennig mehr als von Ihren andern Kunden?“  
„Ja, wissen Sie, Herr Kadett, bei Ihnen kommt halt noch der Fingerring dazu!“

**Gemütsch.** Lehrer: „Aber Besi, was fällt Dir denn ein? Die Schule geht um acht Uhr an, es ist schon neun Uhr und Du kommst jetzt erst!“  
**Schüler:** „Gott, da schlaucht!“

**Kathederblüte.** „Nach der verlorenen Schlacht brachte der unglückliche Regent die erste Nacht in Bergweilung, die nächsten in Wien zu!“  
(Hing. Bl.)

## Spielplan der Theater von Dresden.

Donnerstag.  
**Opernhaus (Altstadt):** Die weiße Dame. Komische Oper in 3 Akten. Musik von Boieldieu. Anfang halb 8 Uhr.  
**Schauspielhaus (Neustadt):** Acher Abonnement: Die Jungfrau von Orleans. Tragödie in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr.  
**Residenztheater:** Gastspiel der Frau Julie Kovacs. Karagay vom Theater an der Wien in Wien. Nordlicht. Operette in 3 Akten von C. Millöcker. (Novität.) Anfang halb 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

**„Victoria-Galon“.**  
Erstes und weltbekanntes Etablissement.  
Direktion: Carl Thieme.  
**Neues, phänomenales Programm!!**  
Anfang 1/2 Uhr. — Vorverkauf im Vestibule von 9 Uhr an.  
Im Tunnel-Restaurant: **Stückler-Garten** „Putsch“.

